



Nr. 286 | 27.06.2023

Ukraine-Analysen

Wissenschaft im Krieg

■ KOMMENTAR	
Zum Zustand der ukrainischen Wissenschaft in Zeiten des Krieges Von Yuliia Yevstiunina, Tetiana Folhina, Philipp Christoph Schmädeke (alle Science at Risk Emergency Office des Akademischen Netzwerks Osteuropa, Berlin)	2
Ein Brief aus Charkiw: Ein ukrainisches Wissenschaftszentrum in Kriegszeiten Von Oleksij Serdjuk (Nationale Universität für innere Angelegenheiten Charkiw)	4
Wissenschaft im Krieg. Herausforderungen – und Chancen Von Gwendolyn Sasse (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin; Humboldt-Universität zu Berlin)	6
Warum die »Russian Studies« im Westen versagt haben, Aufschluss über Russland und die Ukraine zu liefern Von Ilona Sologoub (VoxUkraine), Tatyana Deryugina (University of Illinois) und Yuriy Gorodnichenko (University of California, Berkeley)	7
Zur Zukunft der Ukraine-Studien Von Susann Worschech (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder))	12
Mehr Öffentlichkeit wagen. Ein Erfahrungsbericht Von Klaus Gestwa (Universität Tübingen)	15
It's Bullshit! Zur Rolle von (Pseudo-)Expert:innen in der öffentlichen Debatte zu Russlands Krieg gegen die Ukraine Von Franziska Davies (Ludwig-Maximilians-Universität München)	16
Politikwissenschaftliche Ukraine-Studien: Von der Theorietestung zur Theoriebildung? Von Inna Melnykovska (Central European University, Wien)	18
■ STATISTIK	
Auswirkungen des Krieges auf Forschung und Wissenschaft der Ukraine	19
<hr/>	
■ CHRONIK	
Chronik 05. – 18. April 2023	23

Zum Zustand der ukrainischen Wissenschaft in Zeiten des Krieges

Von Yuliia Yevstiunina, Tetiana Folhina, Philipp Christoph Schmäddeke

(alle Science at Risk Emergency Office des Akademischen Netzwerks Osteuropa, Berlin)

Durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wurde das Leben in ein »davor« und ein »danach« geteilt. Es gibt jetzt eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben. Zentrale lebenswichtige Bereiche des Landes, wie die kritische Infrastruktur, werden von Russland zielstrebig zerstört. Neben Energieversorgung, Umwelt und Verkehrsinfrastruktur sind auch die Bereiche Bildung und Wissenschaft betroffen. Einzigartige Ausrüstung und Geräte wurden vernichtet und Gebäude von Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen zerstört. Daten zufolge, die im April 2023 vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft veröffentlicht wurden, wurden vier Hochschulen in der Ukraine vollständig zerstört und 116 teilweise beschädigt. Über 11 Hochschulen, die sich auf besetztem Territorium befinden, liegen keinerlei Informationen vor. Zu den zerstörten Hochschulen zählen Einrichtungen in Saporischja und Charkiw. Führende ukrainische Universitäten in den Gebieten Donezk, Tschernihiw, Mykolaïw und Cherson wurden erheblich beschädigt.

In Zeiten des Krieges ist die zivile Bevölkerung erheblichen Gefahren ausgesetzt. Nach unterschiedlichen Angaben sind seit Kriegsbeginn aus der Ukraine bis zu 18 Millionen Menschen in Länder der Europäischen Union geflohen. Gegenwärtig befinden sich rund acht Millionen Ukrainer:innen im Ausland. Daten zufolge, die von unterschiedlichen Stellen veröffentlicht wurden, befinden sich heute rund 6.000 ukrainische Wissenschaftler:innen im Ausland. Die meisten von ihnen sind nach Deutschland und Polen geflüchtet, viele sind aber auch in Frankreich, Spanien, dem Vereinigten Königreich und in den USA.

Hinzu kommen zwischen fünf und sieben Millionen Binnengeflüchtete. Die Situation wird dadurch verschärft, dass ein Teil der Bevölkerung unter russischer Besatzung leben muss. Die Fluchtbewegungen wirken sich ebenfalls äußerst stark auf Bildung und Wissenschaft aus. Ukrainische Wissenschaftler:innen und Studierende sind auf einmal mit Problemen wie Vertreibung, dem Verlust der Wohnung oder des Arbeitsplatzes konfrontiert und es fehlen Möglichkeiten, Forschung zu betreiben u. v. m. Diese kriegsbedingte schwierige Lage hat sogar einen Namen erhalten: »scientificide«. Die Nationale Akademie der Wissenschaften der Ukraine bezeichnet damit die »zielgerichtete Vernichtung der Wissenschaft in der Ukraine«.

Unserer Ansicht nach sind unter den Folgen des Krieges für die ukrainische Wissenschaft zwei Entwicklungen besonders prägnant:

- I. Eine negative, nämlich die zielgerichtete Zerstörung und Vernichtung von Wissenschaft und wissenschaftlicher Infrastruktur, Vertreibung von Wissenschaftler:innen und ein Verlust der Möglichkeit, die wissenschaftliche Lehr- oder Forschungstätigkeit normal im Kreise ukrainischer Kolleg:innen fortführen zu können;
- II. Eine positive, da der Umfang und die Qualität der Unterstützung für ukrainische Wissenschaftler:innen von Seiten der internationalen Gemeinschaft stetig zunimmt, nämlich durch Fördermittel, Stipendien und die Etablierung gemeinsamer Projekte. Das ist ein wichtiger Treiber für die »De-Kolonialisierung« der Osteuropa-Forschung, von dem die Ukraine profitiert.

Die große Solidarität und Unterstützung durch die internationale Wissenschaftscommunity machte es möglich, dass den Bedürfnissen von ukrainischen Wissenschaftler:innen eine besondere und konzentrierte Aufmerksamkeit in dieser schwierigen Situation zu Teil wurde. Eine Untersuchung, die im Rahmen des Förderprojekts »UAScience.Reload« im Laufe des April 2022 durchgeführt wurde, hatte zum Ziel, die Bedürfnisse der gebliebenen oder geflohenen ukrainischen Wissenschaftler:innen zu ermitteln. An der Online-Befragung nahmen 2.173 ukrainische Wissenschaftler:innen teil. Die Ergebnisse zeigten ernste Krisenerscheinungen im wissenschaftlichen Bereich auf, unter anderem: Eine erhebliche Verschlechterung der materiellen Lage der Wissenschaftler:innen und ihrer Familien, psychische Probleme, Beschränkung der technischen Möglichkeiten usw. Die Studie ergab weiterhin, dass in der ersten Zeit direkt nach Beginn der Invasion ein großer Teil der Unterstützung Wissenschaftler:innen zur Verfügung gestellt wurde, die ins Ausland gegangen waren. Die Wissenschaftler:innen, die in der Ukraine geblieben waren und weiterhin dort arbeiteten, waren zum Zeitpunkt der Erhebung in ihren Möglichkeiten erheblich eingeschränkt.

Der größte Teil der Wissenschaftler:innen, die die Ukraine verlassen hatten, gingen nach Deutschland (26,8 Prozent) und Polen (25,1 Prozent). Die zahlenstärksten Altersgruppen waren die von 31 bis 40 Jahre (29,3 Prozent) und von 41 bis 50 Jahre (30,3 Prozent). 83 Prozent der Respondent:innen berichteten von einer erheblichen Verschlechterung ihrer materiellen Lage gegenüber der Situation vor dem Krieg. 74,4 Prozent der Befragten gehen weiterhin einer wissenschaftlichen Tätigkeit nach.

Was die Möglichkeiten angeht, wissenschaftlich im gleichen Umfang wie vor dem Krieg tätig zu sein, so bestätigten das nur 27,1 Prozent der Befragten, während 72,9 Prozent der Wissenschaftler:innen diese Möglichkeiten verwehrt blieben. Als wichtigste Gründe wurden angegeben: mangelndes Sicherheitsgefühl, fehlendes Interesse, Apathie, fehlender Arbeitsplatz, technische Gründe (instabiler Internetzugang, Stromausfälle). Somit sind die negativen Faktoren sowohl psychologischer wie auch technischer Natur.

Als wichtigste persönliche Bedürfnisse der ukrainischen Wissenschaftler:innen in Zeiten des Krieges wurden genannt: finanzielle Unterstützung; Wiederherstellung alter oder Aufbau neuer sozialer Kontakte; Zugang zum Internet. Zu den am häufigsten geäußerten Bedürfnissen in Bezug auf die wissenschaftliche Tätigkeit zählten: Forschungsprojekte, mit denen man sich in naher Zukunft befassen kann, und Projekte, die sich sofort umsetzen ließen; freier Zugang zu wissenschaftlicher Literatur, Informationen und Daten; Mobilitätsprogramme; Kommunikation mit Forschungskolleg:innen.

Die Studienergebnisse halfen dabei, akute Hilfsmaßnahmen zielgerichtet zu gestalten. Dadurch änderte sich z. B. die Ausrichtung der internationalen Hilfe: Während zu Beginn des Krieges der größte Teil der internationalen Hilfen an geflüchtete Wissenschaftler:innen ging, konzentrierte sich die internationale Wissenschaftsgemeinschaft etwa seit Ende 2022 zunehmend auf die Lösung der Probleme, vor denen die in der Ukraine verbliebenen Wissenschaftler:innen stehen (z. B. durch die Finanzierung gemeinsamer Projekte, Einrichtung von Online-Plattformen und Portalen zur Kommunikation und Vernetzung, Angebote zur kostenlosen Veröffentlichung von Forschungsergebnissen, ungehinderter Zugang zu Fachinformationen usw.). Dadurch wurde ein weiteres für die Ukraine spezifisches Problem festgestellt, nämlich die unzureichende Strukturierung des Wissenschaftsbetriebs, insbesondere was wissenschaftliche Communities und verschiedene Disziplinen anbelangt. Das erschwerte die zielgenaue Unterstützung von Seiten der internationalen Partner in ihrem jeweiligen Bereich. Meist waren die internationalen Wissenschafts-Communities und -Zusammenschlüsse genötigt, auf Basis bereits

bestehender Kontakte einzelne Hochschulinrichtungen und Wissenschaftler:innen zu kontaktieren. Daher erscheint der Aufbau disziplinärer Communities und anderer, ähnlicher Strukturen in der Ukraine als sinnvoll.

Darüber hinaus bleibt für einen großen Teil der ukrainischen Wissenschaftler:innen die Notwendigkeit aktuell, Fremdsprachen, insbesondere Englisch, zu einem Grad zu erlernen, der eine professionelle Kommunikation ermöglicht. In einer besonders schwierigen Situation befinden sich jene, die sich den Streitkräften der Ukraine angeschlossen haben und über keine Möglichkeit verfügen, ihre wissenschaftliche Tätigkeit fortzuführen oder sich an gemeinsamen Veranstaltungen zu beteiligen.

Angesichts der genannten Probleme und Risiken hat das »Science at Risk Emergency Office«, ein Projekt des »Akademischen Netzwerks Osteuropa«, 2022 damit begonnen, eine intensive, zielgerichtete Tätigkeit zur Unterstützung von Wissenschaftler:innen und Studierenden umzusetzen, die unter den Folgen des Krieges in der Ukraine leiden. Dieses Projekt versucht in erster Linie, Wissenschaftler:innen, die sich außerhalb der Ukraine befinden, in die jeweiligen Wissenschafts-Communities zu integrieren. Auch sollen Binnengeflüchtete, die gezwungen sind, ihr Leben an einem neuen Ort praktisch von Null an aufzubauen, finanziell unterstützt werden und in wissenschaftliche Veranstaltungen einbezogen werden. Darüber hinaus soll die aktive Zusammenarbeit mit Forschungskolleg:innen verstärkt werden, die vor Ort geblieben sind und ihre Arbeit unter Gefahr fortführen. Wir werden demnächst einen Online-Sprachkurs in Englisch für ukrainische Wissenschaftler:innen anbieten. Darüber hinaus führen wir aktuell eine große gemeinsame Studie durch, die die aktuellen Probleme und Bedürfnisse im wissenschaftlichen Bereich identifizieren soll. Angesichts des andauernden Krieges in der Ukraine hat neben der finanziellen Unterstützung und der Hilfe zur fachlichen Qualifizierung die Integration in die bzw. das »Sichtbarmachen« der ukrainischen Wissenschaftler:innen in die globale Wissenschaftslandschaft für uns höchste Priorität.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über die Autor:innen:

Tetiana Folhina forscht zur öffentlichen Verwaltung, verfügt über 10 Jahre Managementenerfahrung im akademischen Bereich in der Ukraine und arbeitet im Ukraine-Team des Science at Risk Emergency Office des Akademischen Netzwerks Osteuropa (akno e.V.) in Berlin.

Dr. Philipp Christoph Schmädke ist Lehrbeauftragter an der Hochschule Kufstein und Direktor des Science at Risk Emergency Office, einem Projekt des Akademischen Netzwerks Osteuropa (akno e.V.).

Yuliia Yevstiunina hat einen PhD in Pädagogik und forscht als Doktorandin zur öffentlichen Verwaltung. Sie verfügt über 15 Jahre Forschungs- und Managementenerfahrung im akademischen Bereich in der Ukraine und arbeitet im Ukraine-Team des Science at Risk Emergency Office des Akademischen Netzwerks Osteuropa (akno e.V.) in Berlin.

Ein Brief aus Charkiw: Ein ukrainisches Wissenschaftszentrum in Kriegszeiten

Von Oleksij Serdjuk (Nationale Universität für innere Angelegenheiten Charkiw)

Am frühen Morgen des 24. Februar 2022 hörten die Bewohner:innen der Ukraine Explosionen. Die Menschen in Charkiw erblickten den grellen Schein der Raketen- und Bombenangriffe: Konnte das wirklich wahr sein? Die Grenze zu Russland ist 30 Kilometer entfernt. Im Tagesverlauf standen bereits erste leichte gepanzerte Fahrzeuge der russischen Armee an den Stadtgrenzen. Doch die russischen Truppen stießen auf unerwartet starken Widerstand und wurden beim Vormarsch in die Stadt aufgehalten. Dann wurde Charkiw massiv bombardiert. Charkiw, eines der wichtigsten Universitäts- und Wissenschaftszentren der Ukraine. Die Artillerie aus Kanonen und Raketenwerfern attackierte die Stadt für viele Monate, es gab Dutzende Bomben- und Raketenangriffe. In der Stadt Charkiw und der gleichnamigen Oblast wurden bisher (Stand Anfang Mai) 52 Bildungseinrichtungen zerstört und 572 beschädigt.

Meine Hochschule unter Beschuss

Der Autor dieses Kommentars ist an der Charkiwer Nationalen Universität für innere Angelegenheiten tätig, an der Polizeikräfte aller Ebenen ausgebildet werden (Aus- und Fortbildung bis hin zu Bachelor-, Master- und Doktorabschlüssen). Zugleich ist er Wissenschaftler, Dozent und im Polizeidienst aktiv. Die Mitarbeiter:innen der Universität erschienen an diesem Morgen aufgrund der Meldung »Kampfalarm« auf der Arbeit und erhielten eine registrierte Handfeuerwaffe, von der sie sich für eine ganze Weile nicht trennen sollten. Wir erhielten eine Anweisung zur Evakuierung, um das Leben der Kadett:innen und Studierenden zu retten – zunächst durch eine zeitweilige Unterbringung an der Lwiwer Staatlichen Universität für innere Angelegenheiten, später an einem permanenten Emigrationsstandort in Winnyzja in der Zentralukraine, wo die Hochschule nun eine Filiale betreibt. Ein Teil des wissenschaftlichen und pädagogischen Personals blieb zurück, unter anderem der Verfasser dieses Beitrags.

Bald schon wurde die Universität durch einige direkte Raketen- und Bombeneinschläge getroffen. Die Wohnheime der Universität sind auf alten sowjetischen Karten als Militärbaracken verzeichnet, daher wurden sie als erstes bombardiert. Glücklicherweise waren die Studierenden und Kadett:innen bereits evakuiert worden. Dann wurde die Universität mit Streumunition angegriffen, die darauf ausgerichtet ist, Menschen zu treffen. Das Gebäude für die zivilen Studierenden wurde beschädigt, zum Glück ohne Opfer. Im Sommer setzte die russische Armee S-300-Luftabwehrake-

ten für einen Boden-Boden-Beschuss ein. In dieser Zeit feuerten sie jeden Tag mehrere Raketen in Richtung Charkiw. Aufgrund der geringen Entfernung zur russischen Grenze hört man erst die Explosion, und dann die Sirenen des Luftalarms. Ich war gerade in der Universität, als eines unserer Gebäude von drei Raketen getroffen wurde. Zum Glück nicht das Gebäude, in dem ich mich befand. Gegenwärtig befinden sich nur ein Teil des Verwaltungspersonals und einige Forschungsgruppen in Charkiw. In den Universitätsgebäuden gibt es keine Heizung, kein Wasser und keinen Strom. Die Universität kann es sich nicht leisten, Geld für leere Gebäude auszugeben, die nach den Angriffen im Winter praktisch nicht mehr nutzbar sind. Das evakuierte Personal würde gerne zurück nach Charkiw zurückkehren, doch sind sich alle darüber im Klaren, dass das erst nach dem Sieg und einem Waffenstillstand möglich sein wird.

Charkiw vor dem Krieg: Ein traditionsreicher Wissenschaftsstandort

Charkiw ist das intellektuelle und wissenschaftliche Zentrum der Ostukraine. Was die Anzahl der wissenschaftlichen und technischen Institutionen anbelangt, steht Charkiw nach Kyjiw an zweiter Stelle. Es gibt 95 Forschungseinrichtungen in der Stadt. Offiziellen Zahlen zufolge sind vor dem Krieg in Charkiw 11.500 Wissenschaftler:innen, rund 1.000 Habilitierte, und 2.800 Promovierte tätig gewesen. Charkiw wird zurecht als die Hauptstadt der Studierenden in der Ukraine bezeichnet: 170.000 Studierende aller möglichen Fachrichtungen und aus vielen Ländern gibt es in der Stadt. In der Oblast Charkiw gibt es insgesamt 60 Hochschulen. Charkiw ist die Stadt, in der erstmals in Europa ein Atom gespalten, in der das leistungsstärkste Radioteleskop der Welt geschaffen und ein Elementarteilchenbeschleuniger gebaut wurde. Hier wird die Entwicklung modernster Strahlen- und Weltraumtechnologien, von Anlagen zur Sondierung der Erdatmosphäre und zur Züchtung wachsender Einkristalle vorangetrieben. In Charkiw wurde das erste Labor der Ukraine für Humanreproduktion begründet. Und die Geburt des ersten Kindes, das in der Ukraine nach einer In-vitro-Befruchtung zur Welt kam, erfolgte in Charkiw.

Wie funktioniert die Arbeit von Bildung und Wissenschaft in Charkiw zu Kriegszeiten?

Das größte Problem ist der ständig drohende Raketenbeschuss. Die russische Stadt Belgorod, von der aus

die Raketen auf Charkiw abgefeuert werden, ist Luftlinie etwa 70 Kilometer entfernt. Die Flugzeit der Raketen beträgt drei bis vier Minuten. Selbst wenn es Luftschutzräume geben würde, hätten die Studierenden nicht genügend Zeit, den Schutzraum aus dem Vorlesungssaal heraus in dieser kurzen Zeit zu erreichen. Das Leben der Studierenden darf auf keinen Fall gefährdet werden. Deshalb kann die Rückkehr der Studierenden nach Charkiw, in die Hörsäle, erst nach Kriegsende erfolgen.

Digitaler Distanzunterricht ist eine vorübergehende Lösung des Problems. Auch Wissenschaftler:innen aus Charkiw arbeiten überwiegend im Homeoffice-Modus. Die meisten sind innerhalb des Landes migriert, ein beträchtlicher Teil der Lehrkräfte und Wissenschaftler:innen ist auch ins Ausland gegangen. Fernunterricht und Homeoffice sind jedoch keine Dauerlösung. Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass wenn die Studierenden nicht in die Lehrsäle zurückkehren, sich die Stadt aus einer lebendigen Studierenden- und Wissenschaftsmetropole in eine Stadt der Rentner:innen verwandeln könnte.

Es sind nicht nur die russischen Bomben, die Wissenschaft und Bildung zerstören. Hinzu kommt, dass auch die Zeit nicht auf unserer Seite ist. Es besteht die große Gefahr, dass die professionell am stärksten positionierten Wissenschaftler:innen, die über Fremdsprachenkenntnisse verfügen, im Ausland verbleiben könnten. Mit jedem Tag steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Studierende und Lehrkräfte anderswo eine Stellung mit besserer Bezahlung und der Aussicht auf eine stabile und sichere Zukunft finden.

Eine offensichtliche Folge des Raketenbeschusses ist die physische Zerstörung von Gebäuden und Infrastruktur. Renommierte Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen wie die Physikalisch-Technische Hochschule Charkiw, das Institut für Einkristalle, das Institut für Kryobiologie und Kryomedizin und viele andere wurden durch den Beschuss empfindlich beschädigt. Die Wiederherstellung wird beträchtliche Ressourcen erfordern, die derzeit nicht verfügbar sind.

Die Regionalregierung hat in Zusammenarbeit mit staatlichen und internationalen Organisationen einen

Wettbewerb ausgeschrieben, bei dem Wiederaufbauprojekte für Bildungs- und Wissenschaftsinstitutionen des Gebiets Charkiw ausgewählt werden sollen. Während große Forschungszentren und Universitäten mit solcherlei Ausschreibungen vertraut sind, gilt dies nicht für kleinere staatliche Bildungseinrichtungen, für die das Einwerben von Fördermitteln ungewohnt ist. Solche Bildungseinrichtungen würden bei diesem Verfahren außen vor bleiben und müssten auf staatliche Zuschüsse warten.

Seit der Befreiung des Gebietes Charkiw durch die erfolgreiche Gegenoffensive ist fast ein Jahr vergangen. Wir haben den starken Patriotismus und die Solidarität der Ukrainer:innen im Allgemeinen und der Bewohner:innen von Charkiw im Besonderen erlebt. Die größte Leistung in dieser Zeit bestand darin, dass sich die wissenschaftlichen Einrichtungen und Universitäten von Charkiw trotz allem ihr Potenzial bewahrt und sich auf die Kriegsbedingungen eingestellt haben. Wissenschaftler:innen aus Charkiw nehmen in großer Zahl an Veranstaltungen und Projekten teil und bauen neue internationale Beziehungen auf. Das stärkt ungeachtet der oben genannten Probleme das Wissenschaftspotenzial von Charkiw. Der Krieg hat diese Stadt in eine kulturelle, industrielle, wissenschaftliche und Bildungs-*Frontier* verwandelt. Und in diesem Grenzgebiet erfolgt eine rasante Entwicklung, in die wir große Hoffnung setzen.

Die Wissenschaftler:innen und Lehrkräfte aus Charkiw sind sich im Klaren, dass es für die aufgezählten Probleme nur eine Lösung geben kann, nämlich den Sieg der Ukraine. Daran glauben wir fest. Wir sind den europäischen Partner:innen für ihre Unterstützung dankbar; wir werden nicht aufgeben. Wir haben uns erfolgreich mobilisiert und waren dadurch in der Lage, dem russischen Angriff zu widerstehen. Und wir werden nach dem Sieg auch wieder alles aufbauen und herstellen, was zerstört wurde.

Slawa Ukraini! – Ruhm der Ukraine!

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Dr. *Oleksij Serdjuk* ist Leiter des Forschungslabors für die Psychologische Unterstützung von Polizei und Justiz an der Nationalen Universität für innere Angelegenheiten in Charkiw. Der promovierte Soziologe ist Oberstleutnant der Polizei und Associate Professor für Soziologie. Er war Gastwissenschaftler und Senior Research Fellow an der Fakultät für Psychiatrie der Universität Michigan und hat mehr als 160 Publikationen in den Bereichen Soziologie, Psychologie und Kriminologie veröffentlicht.

Wissenschaft im Krieg. Herausforderungen – und Chancen

Von Gwendolyn Sasse (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin; Humboldt-Universität zu Berlin)

Die vergleichende sozialwissenschaftliche Forschung über die Auswirkungen von Kriegen war bisher für andauernde Kriege eher von einem empirischen Vakuum gekennzeichnet, während die Zeit nach Kriegen häufig gut dokumentiert ist. Auch die Reflexion über den Krieg im Rückblick ist von großer Bedeutung, aber sowohl auf individueller als auch auf politischer Ebene greift die Erinnerung ordnend in das Geschehen und seine Implikationen ein. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine wird durch die Omnipräsenz von Smartphones und Messengerdiensten wie Telegram synchroner und intensiver als alle ihm vorangegangenen Kriege in Bild und Text festgehalten. Diese Datenfülle hält in den kommenden Jahren und Jahrzehnten die verschiedensten Anknüpfungspunkte für Wissenschaftler:innen aus verschiedenen Disziplinen bereit. Nicht jede Datenfülle wird jedoch automatisch zur Grundlage von Wissenschaft oder Gerichtsverfahren, so dass eine wichtige Aufgabe in der Sammlung, Aufbereitung und Archivierung der oftmals dezentral erhobenen Daten liegt.

Neben der Dokumentation und Auswertung im Krieg erhobener Daten kommt auch der Wissenschaftskommunikation eine wichtige und exponierte Rolle zu. Die Grenzen zwischen der Vermittlung wissenschaftlicher Expertise, der Analyse des laufenden Kriegsgeschehens vor dem Hintergrund wissenschaftlicher oder wissenschaftsnaher Expertise, Meinungsäußerungen und Aktivismus sind fließend in einer Extremsituation wie Krieg. Jede/r Wissenschaftler:in zieht sie für sich selbst.

Die dem Krieg vorangegangenen Entwicklungen sind in der sozialwissenschaftlichen Forschung gut dokumentiert (auch wenn sie strukturell bedingt in ihren Mutterdisziplinen nicht immer gesehen wurde). Quantitative und qualitative Forschung zu den Gesellschaften in der Ukraine und Russland bietet eine fundierte Grundlage für das Verständnis der zunehmend divergierenden politischen Systeme beider Länder. Dieses Spannungsverhältnis zwischen der Demokratisierung der Ukraine und der zunehmenden Autokratisierung Russlands ist die zentrale Achse in diesem Krieg. Geschichte wird nicht selten durch einen akuten Gegenwartsbezug neu gedacht oder revidiert. Historiker:innen lenken bereits effektiv den Blick auf die längerfristigen Entwicklungen, die das Heute prägen. Mit zeitlicher Verzögerung werden zunehmend Quellen über zentrale Entscheidungsprozesse im und um den Krieg herum zur Verfügung stehen. Unter Berücksichtigung forschungsethischer Grundsätze ist es möglich bzw. wird es möglich sein, Menschen nach ihren persönlichen Erfah-

rungen mit Krieg und Flucht, ihrem Engagement und ihren Einstellungen zu befragen – sowohl in Umfragen als auch in Fokusgruppen und narrativen Interviews.

Im Krieg ist der Zugang zum »Feld« erschwert. Die Rahmenbedingungen westlicher Forschungsinstitutionen schränken den Zugang zur Ukraine ein bzw. verbieten ihn ganz. Der Kriegskontext erfordert allerdings auch eine realistische Einschätzung dessen, was vor Ort wirklich erforscht werden kann, sollte der Zugang möglich sein. Westliche Wissenschaftler:innen könnten ihre Rolle und Bedeutung bei der empirischen Dokumentation des Geschehens vor Ort leicht überschätzen. Neben den persönlichen Risiken gilt es umfassende forschungsethische Grundsätze zu berücksichtigen. Die Forschung mit vulnerablen bzw. traumatisierten Menschen im oder nach dem Krieg geht mit einer hohen Verantwortung der Forschenden einher. Dies gilt sowohl für Forschung vor Ort als auch für Forschung mit Geflüchteten. Ukrainische Wissenschaftler:innen vor Ort bzw. im Ausland stehen ebenfalls vor praktischen und ethischen Herausforderungen. Welche Themen können und wollen sie zum jetzigen Zeitpunkt aufgreifen? Wie reagieren sowohl Bürger:innen als auch Entscheidungsträger:innen in der Ukraine, wenn sie von derzeit im Ausland lebenden ukrainischen Wissenschaftler:innen befragt werden?

Das »Feld« wird durch Krieg sehr viel komplexer – lokaler und zugleich transnationaler. Ähnlich ist es mit der Wissenschaft. Die kriegsbedingte starke Präsenz ukrainischer Wissenschaftler:innen in v. a. westeuropäischen Institutionen erweitert bestehende Netzwerke und Kooperationen um ein Vielfaches. Der virtuelle Raum trägt darüber hinaus dazu bei, ukrainische Stimmen aus der Ukraine viel stärker als früher in Veranstaltungen und Projekte einzubeziehen. Auf dieser Grundlage können noch breiter aufgestellte Netzwerke einen nachhaltigen Austausch über die Herausforderungen von Wissenschaft im Krieg etablieren und neue Projektideen schmieden. Der direkte alltägliche Kontakt und die zahlreichen virtuellen Verbindungen über Standorte und akademische Disziplinen hinweg stärken das Verständnis für die Logik und Parameter im ukrainischen Wissenschaftsbetrieb. Im derzeitigen Kriegskontext sind die Dokumentation, Kommunikation und akademische Lehre Teil des Überlebenskampfes der Ukraine. Im Wissenschaftssystem der Ukraine von vor 2022 deckten sich die Erwartungen der Ukrainer:innen nicht immer mit den Erwartungen westlicher (v. a. angelsächsischer) Prägung, z. B. in Bezug auf Entscheidungshierarchien, Veröffentlichungen in renommierten internationalen

(d. h. meist englischsprachigen) Zeitschriften oder Drittmittelinwerbungen. Die Bandbreite wissenschaftlicher Exzellenz in der Ukraine jenseits institutioneller Leuchttürme wird momentan jedoch bewusster wahrgenommen – dieser Trend geht über die Disziplinen hinaus, die sich direkt mit dem Krieg und seinen Folgen befassen. Auch dies gehört zur notwendigen Dekolonisierung der Osteuropaforschung und einer differenzierteren öffentlichen Wahrnehmung der Region. Die Fokussierung auf russische bzw. russländische Geschichte (v. a. in der Lehre und im öffentlichen Diskurs) und die zentrale Rolle der russischen Sprache und Literatur in der Slawistik haben den kolonialen Blick Russlands auf seine Nachbarländer gespiegelt, zur einseitigen Faszination der Öffentlichkeit beigetragen und andere Länder, Sprachen und Kulturen ausgeblendet. Auf der Grundlage eines durch den Krieg auf tragische Weise differenzierteren Blicks auf die Region und der zahlreichen persönlichen und institutionellen Verbindungen in der Wissenschaft lassen sich schon jetzt im Krieg aber auch für die Zeit danach multilokale Forschungsk Kooperationen

und -agenden konzipieren. Eine wichtige Voraussetzung für deren Tragfähigkeit sind allerdings über kurzfristige Unterstützung hinausgehende Möglichkeiten für Wissenschaftler:innen in und außerhalb der Ukraine. Dazu gehören grundlegende praktische Dinge, die leider zu oft übersehen werden, wie der Zugang zu kostspieligen internationalen Konferenzen und wissenschaftlichen Zeitschriften.

Mit dem Krieg verändert sich die Wissenschaftslandschaft in der Ukraine. Das hohe Ausmaß an Zerstörung, das militärische und soziale Engagement der Beschäftigten und Studierenden, Flucht sowie die prekäre wirtschaftliche und soziale Lage machen eine Neuordnung der Wissenschaft in der Ukraine erforderlich. Die vielen neuen und intensivierten Netzwerke und das unermüdliche Engagement vieler ukrainischer Wissenschaftler:innen bieten dafür solide Anknüpfungspunkte. Beim Wiederaufbau der Ukraine wird Wissenschaft eine wichtige Rolle spielen – umso dringender ist es, Wissenschaftsförderung und -reform als zentrales Element des Wiederaufbaus von Anfang an mitzudenken.

Über die Autorin:

Prof. Dr. *Gwendolyn Sasse* ist Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) in Berlin und Einstein-Professorin für Vergleichende Demokratie- und Autoritarismusforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Warum die »Russian Studies« im Westen versagt haben, Aufschluss über Russland und die Ukraine zu liefern

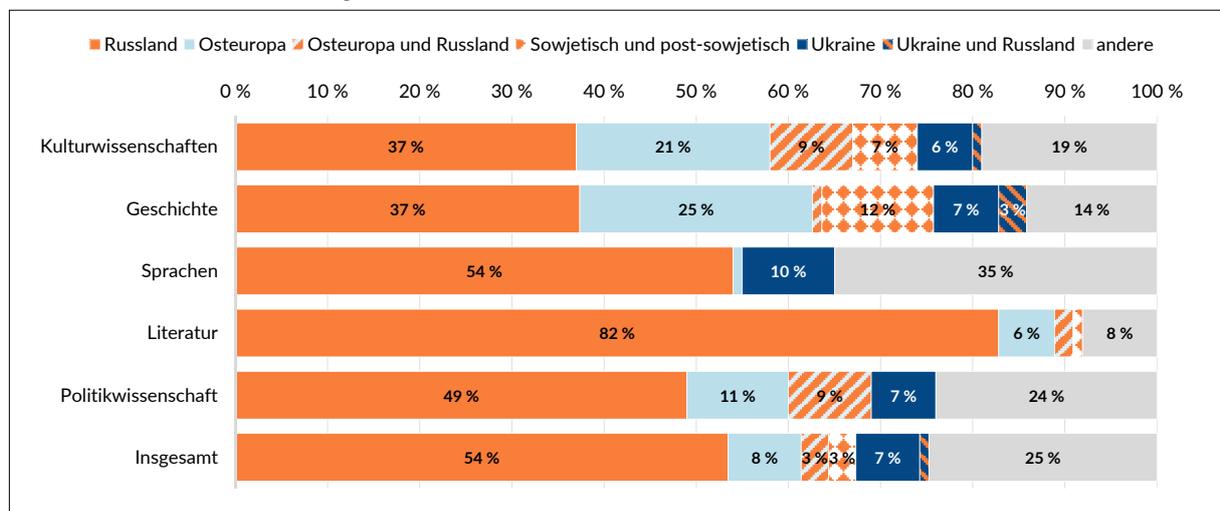
Von Ilona Sologoub (VoxUkraine), Tatyana Deryugina (University of Illinois) und Yuriy Gorodnichenko (University of California, Berkeley)

Die großangelegte russische Invasion der Ukraine im Jahr 2022 brachte die ernüchternde Erkenntnis, dass Russland selbst 30 Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion immer noch ein brutales Imperium ist. Gleichzeitig war die Welt, nachdem sie erwartet hatte, dass Kyjiw in drei Tagen fallen würde, erstaunt über den ukrainischen Widerstand und die Resilienz. Wie konnte sich die internationale Gemeinschaft in Bezug auf Russland und die Ukraine so irren? Wir denken, dass diese Fehlannahmen auch darauf zurückzuführen sind, wie Russland, die Ukraine und das übrige Osteuropa im Westen studiert werden, und fordern deshalb eine umfassende Überprüfung sowohl der Quantität als auch der Qualität der Osteuropastudien.

In einem ersten Schritt haben wir Daten über das Lehrangebot der Studienjahre 2021/22 und 2022/23 an den 13 führenden privaten und öffentlichen US-Universitäten gesammelt. Wir konzentrierten uns auf die Osteuropa-, Russland- und Eurasienstudien (einschließlich sowjetischer und postsowjetischer Studien). Wir haben nur Kurse ausgewählt, die von Bachelor-Studiengängen angeboten wurden (da sie viel mehr Studierende erreichen als Master-Studiengänge), und nur solche Kurse, die auch tatsächlich gelehrt wurden (d. h. eine ausreichende Anzahl von Studierenden hatte sich für diese Kurse angemeldet). Zur Berechnung der Gesamtstatistiken haben wir die Kurse in fünf Fachbereiche (Sprache, Literatur, Kultur, Geschichte und Politik) sowie in verschiedene zeitliche und geografische Gruppen eingeteilt, z. B. sowjetische und postsowjetische, osteuropäische, ukrainische, polnische, baltische usw. Anschließend haben wir die Anzahl der in den letzten zwei Studienjahren angebotenen Kurse berechnet und den Anteil der Kurse untersucht, die sich nur mit Russland, mit Russland und anderen Ländern sowie mit der Ukraine befassen.

Grafik 1 zeigt den Kern unserer Ergebnisse. 82 Prozent der Kurse in »Slawischer Literatur« sind in Wirklichkeit Kurse zur russischen Literatur (der Anteil ist sogar noch höher, wenn wir sowjetische und postsowjetische Literatur mit einbeziehen). Wir sind uns bewusst, dass Russland ein großes Land ist, aber es macht nicht mehr als 82 Prozent der Menschen oder der Literatur in Osteuropa aus. In anderen Fachbereichen sieht die Situation besser aus, aber dennoch dominiert Russland klar. Zum Beispiel konzentriert sich etwas mehr als ein Drittel der Lehre in Geschichte ausschließlich auf Russland, aber wenn wir Kurse hinzunehmen, die Russland zusammen mit anderen Ländern behandeln (z. B. »Osteuropa und Russland« – orange- und hellblaugestreifte Balken in Grafik 1), wird die russische Hegemonie wieder deutlich. In einigen Kursen wird die UdSSR tatsächlich als Russland behandelt (z. B. »Russland: Geschichte der Sowjetunion«). Darüber hinaus folgen einige Kurse gänzlich den russischen Geschichtsnarrativen und verorten beispielsweise sowohl die Ostslawen als auch die UdSSR als Teil der »russischen« Geschichte (obwohl einige osteuropäische und zentralasiatische Nationen von Russland besetzt waren, unterscheidet sich deren Geschichte deutlich von derjenigen Russlands).

Grafik 1: Anteil der Kurse zu Russland in den Abteilungen für »Osteuropastudien« von 13 großen US-Universitäten nach Fachgebieten (in %)



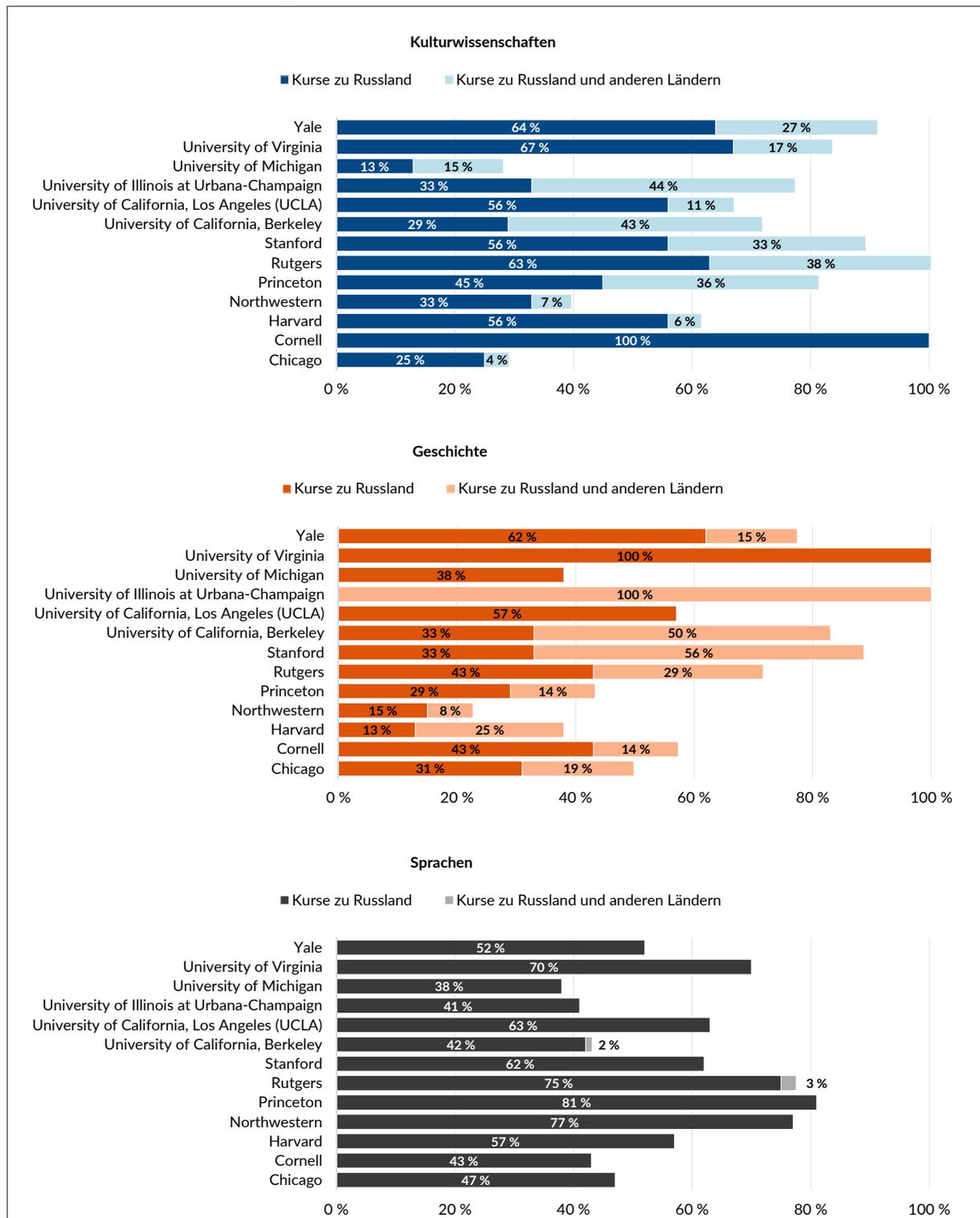
Anmerkung: Die Kategorie »Sonstige« umfasst zusätzliche zeitliche/räumliche Kombinationen (z. B. Russland & Europa) und einzelne Länder (z. B. Polen, Tschechien usw.). Wir klassifizieren die Kurse nach ihren Namen und Beschreibungen (z. B. gehören »Russische Sprache« oder »Russische Geschichte« zur Kategorie »Russland«, ebenso wie Kurse mit dem Namen »Tolstoi« oder »Dostojewski«-Romane)

Diese Statistiken sind nicht auf eine bestimmte Universität oder eine Gruppe von Universitäten beschränkt. Die Grafiken 2a und 2b unten zeigen, dass dies ein allgemeines Muster ist. Obwohl beispielsweise der Anteil der russischen Literatur von satten 100 Prozent an der Cornell University bis zu »bescheidenen« 52 Prozent an der University of Chicago divergiert, liegt der Durchschnittswert bei fast 90 Prozent.

Jede Klassifizierung unterliegt einer subjektiven Einordnung, und wir haben versucht, den russischen Anteil so eindeutig wie möglich zu bestimmen, um eine konservative Einschätzung zu erhalten. Es ist weiterhin aufschlussreich, Studiengänge zu untersuchen, die einen Russland-Bezug haben und Russland mit anderen Ländern zusammenfassen. Die Grafiken 2a und 2b zeigen auch, dass diese Lehrangebote die russische Dominanz in allen Bereichen weiter verstärken, mit Ausnahme der Literatur, wo der Anteil Russlands bereits fast ausgeschöpft ist.

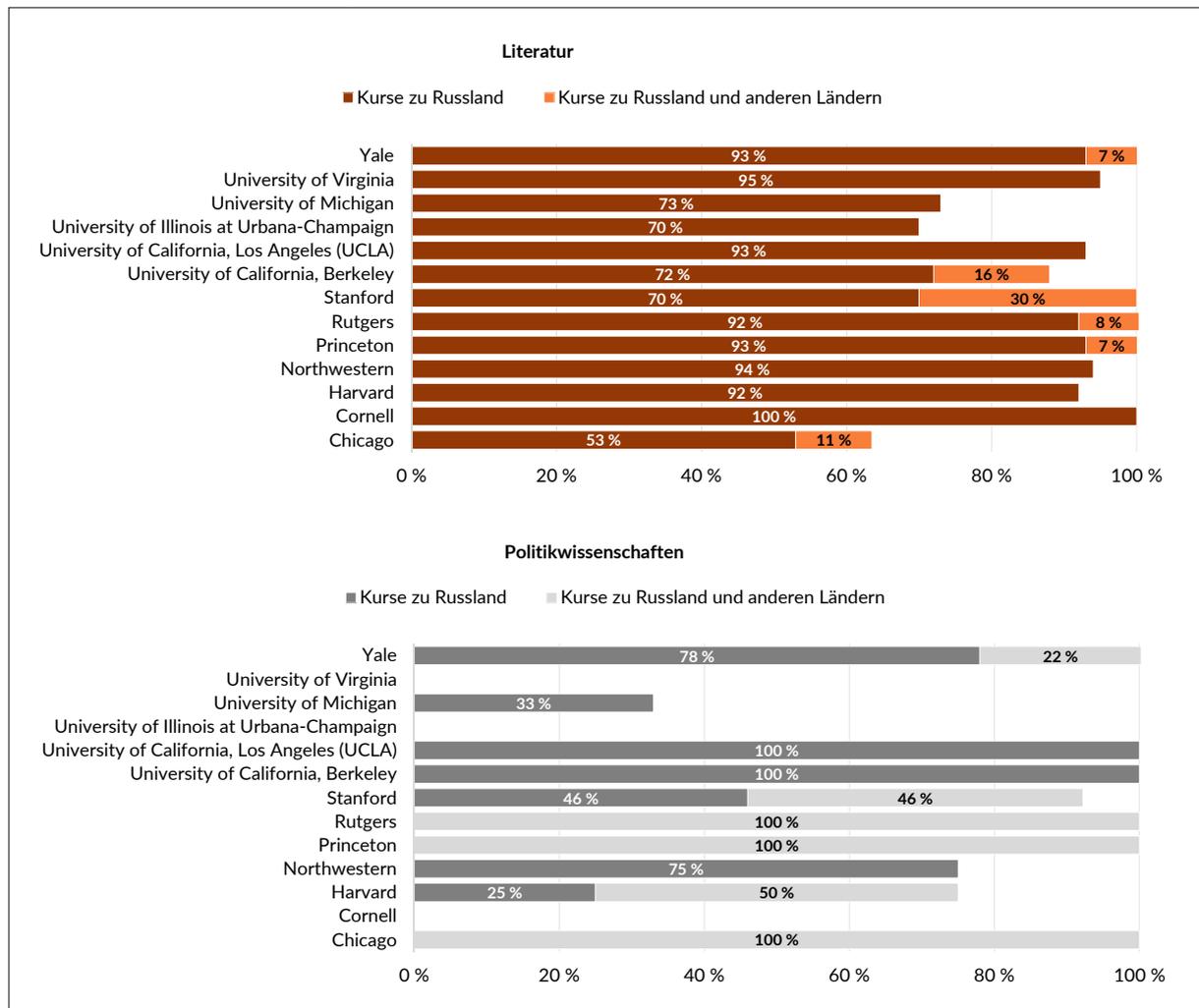
Wenn man sich die einzelnen Kursbeschreibungen genauer ansieht, stellt man fest, dass sich Russlandstudien oft die Leistungen der von Russland dominierten Nationen angeeignet haben. So wird beispielsweise Gogol als russischer Autor behandelt, obwohl er sich selbst als Ukrainer ansah (Gogol schrieb zwar auf Russisch, doch sei daran erinnert, dass auch Oscar Wilde sich als Ire identifizierte, obwohl er auf Englisch schrieb). Die mittelalterliche Rus' wird als russische Geschichte aufgefasst, obwohl sie ebenfalls Teil der ukrainischen, litauischen und polnischen Geschichte ist und sich jahrhundertlang im Krieg mit dem Großfürstentum Moskau (»Moskowi«) befand. Um zu verstehen, wie absurd diese Logik ist: Stellen Sie sich vor, Sie würden die Geschichte Großbritanniens als Teil der französischen Geschichte behandeln, nur weil die Normannen in England eingefallen sind (im Jahr 1066, Anm. d. Übers.). Ein Kurs über »Russische Literatur« behandelt Isaac Babel (einen jüdischen Autor aus Odesa), Swetlana Alexijewitsch (eine belarussische Autorin) und Andrij Kurkow (einen ukrainischen Autor aus Charkiw). Wir denken, dass Herr Kurkow sehr überrascht wäre, wenn er erfahren würde, dass US-Universitäten ihn als russischen Autor bezeichnen, während die russische Armee seine Heimatstadt zerstört.

Grafik 2a: Anteil der Kurse zu Russland sowie der Kurse, die sich auf Russland beziehen (z. B. »Osteuropa und Russland«, »Europa und Russland«, »Ukraine und Russland«, »Sowjetunion/postsowjetischer Raum«), nach Fachgebiet und Universität



Anmerkungen: Die Balken stellen den prozentualen Anteil der »Russland«-Kurse in einer bestimmten Kategorie dar. Zum Beispiel sind 56 Prozent der Kurse im Bereich »Kultur« und 92 Prozent der Kurse im Bereich »Literatur« an der Universität Harvard ausschließlich der russischen Kultur bzw. Literatur gewidmet; der Prozentsatz der »Sprachkurse« ist deshalb so gering, da diese in der Regel einzelne Sprachen abdecken und nicht z. B. »osteuropäische« oder »slawische« Sprachen.

Grafik 2b: Anteil der Kurse zu Russland sowie der Kurse, die sich auf Russland beziehen (z. B. »Osteuropa und Russland«, »Europa und Russland«, »Ukraine und Russland«, »Sowjetunion/postsowjetischer Raum«), nach Fachgebiet und Universität



Anmerkungen: Die Balken stellen den prozentualen Anteil der »Russland«-Kurse in einer bestimmten Kategorie dar. Zum Beispiel sind 56 Prozent der Kurse im Bereich »Kultur« und 92 Prozent der Kurse im Bereich »Literatur« an der Universität Harvard ausschließlich der russischen Kultur bzw. Literatur gewidmet; der Prozentsatz der »Sprachkurse« ist deshalb so gering, da diese in der Regel einzelne Sprachen abdecken und nicht z. B. »osteuropäische« oder »slawische« Sprachen.

Zum Vergleich zeigt Tabelle 1 den Anteil der Lehre zur Ukraine. In der Tabelle zeigen sich viele Nullen. Das heißt, dass die Ukraine in der akademischen Lehre praktisch kaum vorkommt. Hinzu kommt, dass selbst dieses Bild noch positiv verzerrt wird durch die Tatsache, dass die Daten für zwei akademische Jahre aggregiert wurden und die Universitäten im akademischen Jahr 2022/23 begannen, mehr ukrainische Kurse anzubieten (vgl. Tabelle 2), wobei der University of Michigan, die den Kurs »Let Ukraine speak« eingeführt hat, eine besondere Anerkennung gebührt. Ironischerweise wurden im Studienjahr 2022/23 aber nicht nur mehr Kurse über die Ukraine angeboten als im vorherigen Studienjahr, sondern auch mehr Kurse zu Russland. Vielleicht geschah dies aus der Logik heraus: »Wenn wir mehr über die Ukraine lernen, sollten wir, um fair zu bleiben, auch mehr über Russland lernen«. Aber dieser »Bothsidesism« macht die Dinge weniger ausgewogen.

Wir wollen nicht darüber diskutieren, ob Aleksandr Puschkin besser ist als Lesja Ukrainka oder Adam Mickiewicz, aber die Zahlen belegen eindeutig eine unverhältnismäßige Konzentration auf Russland. Ist diese Moskau-zentrierte Sichtweise ein Problem? Wir denken: ja.

Denn der Fokus auf Russland führt dazu, dass Generationen von US-Studierenden über Russland hinaus kaum etwas über Osteuropa wissen. Im Ergebnis sagen Samuel Charap und andere Ukraine-»Expert:innen«, die oft Absolventen der Osteuropastudien sind, den Untergang der Ukraine voraus und betrachten die Ukraine durch eine rus-

Tabelle 1: Anteil der angebotenen Kurse zur Ukraine nach Fachgebiet und Universität

	Kulturwissenschaften		Geschichte		Sprachen		Politikwissenschaften	
Chicago	4 %		6 %		0 %		0 %	
Cornell	0 %		14 %		18 %		0 %	
Harvard	11 %		13 %		13 %		0 %	
Northwestern	0 %		15 %		0 %		0 %	
Princeton	0 %		14 %		0 %		0 %	
Rutgers	0 %		0 %		3 %		0 %	
Stanford	11 %		0 %		9 %		8 %	
University of California, Berkeley	0 %		0 %		8 %		0 %	
University of California, Los Angeles (UCLA)	0 %		7 %		0 %		0 %	
University of Illinois at Urbana-Champaign	11 %		0 %		9 %		0 %	
University of Michigan	15 %		0 %		19 %		33 %	
University of Virginia	0 %		0 %		0 %		100 %	
Yale	0 %		8 %		27 %		0 %	

Anmerkung: Im Frühjahr 2023 wurden ein Kurs zur ukrainischen Literatur in Harvard und zwei in Princeton angeboten, aber diese Kurse fanden nicht statt; vielleicht weil die Nachfrage zu gering war.

Tabelle 2: Anzahl der im Studienjahr 2021/22 und 2022/23 angebotenen Kurse

Region/Zeit	Kulturwissenschaften		Geschichte		Sprachen		Literatur		Politikwissenschaften	
	2021/22	2022/23	2021/22	2022/23	2021/22	2022/23	2021/22	2022/23	2021/22	2022/23
Ukraine	2	10 ↑	0	8 ↑	22	37 ↑	-	-	0	3 ↑
Ukraine und Russland	0	1 ↑	0	4 ↑	-	-	0	1 ↑	-	-
Russland	36	34 ↓	16	27 ↑	162	174 ↑	78	94 ↑	10	12 ↑
Osteuropa	15	25 ↑	12	17 ↑	4	2 ↓	7	5 ↓	3	2 ↓
Osteuropa und Russland	6	11 ↑	0	1 ↑	0	2 ↑	0	4 ↑	0	4 ↑
Sowjetisch und post-sowjetisch	6	7 ↑	4	10 ↑	-	-	3	0 ↓	-	-

sische Brille. Das Gleiche gilt für die Medienberichterstattung zur Ukraine. Die New York Times schreibt beispielsweise über Andrew Kramer, den Leiter des neuen New York Times-Büros in Kyjiw, der ebenfalls in Osteuropastudien ausgebildet wurde, dass dieser »... jahrelang ... der wichtigste Reporter war, der von seinem Moskauer Büro aus über die Ukraine berichtete.« Die berüchtigte »Chicken Kiev«-Rede von US-Präsident George H.W. Bush (die Rede wurde von Condoleezza Rice geschrieben, die an der Staatlichen Lomonossow-Universität in Moskau Russisch studiert hatte) ist ein Musterbeispiel für das große Missverständnis der Ukraine. Wie kann man die Ukraine richtig verstehen, ohne Ukrainisch zu sprechen, die ukrainische Geschichte zu kennen oder in der Ukraine gewesen zu sein? Der Mangel an Fachwissen und Ausbildung zur Ukraine hat zu kolossalen Fehlern geführt.

Wir sind uns dessen bewusst, dass die akademische Welt sich kaum von heute auf morgen ändern kann und dass nun einmal Tausende von Professor:innen einen großen Teil ihrer Zeit in das Erlernen der russischen Sprache und Kultur investiert haben. Aber die Notwendigkeit eines ausgewogeneren Ansatzes für die Osteuropastudien liegt auf der Hand. Es sollten mehr Mittel für ukrainische, polnische, bulgarische, tschechische, slowakische und andere Studien bereitgestellt werden, insbesondere im Bereich der Literatur. Wie viel Geld wird benötigt? In seiner Rede auf dem Kyiv Security Forum sagte Michael McFaul, er benötige einige Millionen US-Dollar, um die Zahl der Ukrainistik-Kurse in Stanford zu erhöhen. Angesichts des 8,6-Milliarden-US-Dollar-Budgets und des 36-Milliarden-US-

Dollar-Stiftungsvermögens von Stanford sind die erforderlichen Mittel eher eine Frage der Prioritäten als der finanziellen Zwänge.

Zusammengefasst: Wissen ist Macht. Dazu gehört auch die Macht, Kriege zu verhindern, indem man weiß, wer wozu fähig ist, was zu erwarten ist und was auf dem Spiel steht. Der größte Landkrieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg in der Ukraine ist auch eine Folge bzw. der Preis für die Ignoranz. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass viele Menschenleben in der Ukraine hätten gerettet und viele Milliarden US-Dollar, mit denen die westlichen Regierungen heute die Ukraine unterstützen, hätten eingespart werden können, wenn in den vergangenen Jahren angemessene Mittel in die Ukraine- und andere osteuropäische Studien geflossen wären, anstatt in russlandzentrierte Studien. Der tragische Krieg sollte die Universitäten anspornen, ihre Lehrpläne zu Osteuropa zu überarbeiten, ihren Studierenden eine bessere Ausbildung zu ermöglichen und die Welt hoffentlich sicherer zu machen.

Übersetzung aus dem Englischen: Dr. Eduard Klein

Der Text erschien am 21.06.2023 unter dem Titel »Why Russian studies in the West failed to provide a clue about Russia and Ukraine« auf der Website von VoxUkraine und ist frei zugänglich unter <https://voxukraine.org/en/why-russian-studies-in-the-west-failed-to-provide-a-clue-about-russia-and-ukraine>. Wir danken den Autor:innen und VoxUkraine für die Erlaubnis zum Nachdruck der deutschsprachigen Übersetzung.

Über die Autor:innen:

Prof. Dr. *Yuriy Gorodnichenko* ist Wirtschaftswissenschaftler an der University of California, Berkeley.

Prof. Dr. *Tatyana Deryugina* ist Lehrbeauftragte im Fachbereich Finanzen und Wirtschaft an der Universität Illinois.

Ilona Sologoub ist Chefredakteurin der Analyse-Plattform »VoxUkraine« und Senior Economist an der Kyiv School of Economics.

Zur Zukunft der Ukraine-Studien

Von Susann Worschech (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder))

Mit dem Ausbruch des russischen Angriffskrieges gegen die gesamte Ukraine wurden in Europa und insbesondere in Deutschland die großen Wissenslücken zur Ukraine, die in Gesellschaft, Medien und Politik existieren, schlagartig sichtbar. Einordnende, Zusammenhänge erklärende Expertise zu Osteuropa und vor allem zur Ukraine wurde händeringend gesucht. Wie schon zuvor die Corona-Pandemie ließ auch diese Krise ihre eigenen »Stars« entstehen: Wissenschaftler:innen, die sich statt im Hörsaal nun häufig in den Medien fanden und deren Wissen dringend gefragt war. Dass dabei auch einzelne Expert:innen ohne nennenswerte Ukraine-bezogene Publikationen und auch ohne ukrainische Sprach- oder Landeskenntnisse plötzlich zu »Osteuropa-« oder gar »Ukraine-Experten« avancierten, war fast erwartbar und weist auf ein grundlegendes Problem hin: Die Ukraine-Expertise, erst recht die sozialwissenschaftlich-zeitgenössische, hat in Deutschland keine Telefonnummer, um einen Satz Henry Kissingers abzuwandeln. Das bewirkt nicht nur, dass (neben vielen seriösen Forschenden) mancher Scharlatan unter dem Deckmantel der Wissenschaft in der öffentlichen

Debatte erheblich lauter vernehmbar ist als jene, die sich seit Jahren oder Jahrzehnten mit der Ukraine beschäftigen, sondern auch, dass der Wissenstransfer aus der Forschung in die Gesellschaft hinein in viel zu geringem Umfang stattfindet (vgl. hierzu auch den Kommentar von Franziska Davies in derselben Ausgabe). Wo stehen Forschung, Lehre und Transfer zur Ukraine, und was wird gebraucht?

Bedarf: Welches Wissen wird benötigt?

Beginnend mit der letzten Frage gibt eine im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde durchgeführte Studie zum Bedarf an Osteuropa-Expertise Aufschluss. In der Studie wurde in qualitativen und quantitativen Befragungen erhoben, welche Art von Wissen zu welchen Regionen in Politik, Medien, Zivilgesellschaft, Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft benötigt wird, welche Erwartungen an die fachliche Qualifikation von Absolvent:innen bestehen und wie Osteuropa-Expertise im Arbeitsalltag in den oben genannten Bereichen eingesetzt wird. Dabei wurde zunächst deutlich: Der Beratungs- und Informationsbedarf der Öffent-

lichkeit zu Osteuropa wird als hoch eingeschätzt, und der Verlust von »Orientierungswissen« zu Osteuropa durch den kontinuierlichen Abbau von einschlägigen, auch interdisziplinär arbeitenden Forschungsinstitutionen wie dem Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) im Jahr 2000 und osteuropaspezifischen Professuren stellt ein deutlich wahrnehmbares Problem dar. Regionalexpertise zur Ukraine und auch zu Russland, dessen »Störpotenzial [...] im osteuropäischen Raum« bereits in den im Frühjahr 2021 geführten Interviews deutlich benannt worden ist, sollte als kontinuierliches Grundlagenwissen und nicht nur nachrichtengetrieben bereitgestellt werden, was angesichts der täglichen Meldungen zum Krieg seit Februar 2022 fast illusorisch wirkt. Welche Themen sollte die »anwendungsorientierte Grundlagenforschung« zur Ukraine abdecken? Die Antworten hierzu verweisen vor allem auf Machtdynamiken und Elitenkonstellationen sowie Sicherheitsfragen und Konfliktpotenzial, aber auch auf Energie-, Klima- und Demographiethemata. Die Ukraine war hier sowohl in ihrer Verflechtungsdynamik als auch bezüglich innenpolitischer Entwicklungen als Schwerpunktregion sozialwissenschaftlicher Forschung zentral genannt.

In der Frage nach dem konkreten Bedarf an Osteuropa-Expertise wurde zudem erhoben, welche Art von Wissen zu welcher Region Osteuropas besonders wichtig sei. Hier zeigte sich, dass die Ukraine, Russland und Belarus die zentralen Länder waren, zu denen erheblich mehr Wissen benötigt wird – allerdings nicht nur akademisches Wissen, sondern auch Sprachkenntnisse und landeskundliches Wissen sowie zu einem überraschend starken Anteil lebensweltliches Wissen. Unter diesem Begriff wird in der Studie Wissen über Lebensstile und gesellschaftlichen Habitus, Alltagsleben und informelle Codes oder Regeln verstanden. Der Begriff zielt auf ein gesellschaftsanalytisches Potenzial ab, das sich nicht allein aus der akademischen Betrachtung erschließt, sondern ein Erfahrungswissen voraussetzt, welches sich zusätzlich aus Sprachkenntnissen, Netzwerken vor Ort und Forschungs- oder Studienaufenthalten zusammensetzt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Studie lag in der Analyse des Bedarfs an disziplinärem Wissen zu Osteuropa. Hier wurde deutlich, dass die Politik- und Sozialwissenschaften zu den zentral nachgefragten Disziplinen zählen, gefolgt von Geschichts- und Kulturwissenschaften. Dies gilt insbesondere für befragte Organisationen aus den Bereichen Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft (die allerdings im Befragten-Sample überproportional vertreten waren). Den Politik- und Sozialwissenschaften wird in der Osteuropaforschung und gerade auch im Wissenstransfer damit eine außerordentlich hohe Bedeutung beigemessen, was sich in der Benen-

nung der Themen und Ereignisse, zu denen die Befragten mehr Expertise benötigt hätten, spiegelt. Themen mit Ukraine-Bezug, insbesondere die Annexion der Krim und der beginnende Krieg in der Ostukraine, waren zusammen mit den (für viele überraschenden) Protesten in Belarus im Sommer 2020 die wichtigsten Ereignisse, zu denen mehr und ausführlichere Expertise gefragt war.

Insgesamt spiegelt die Studie einen hohen Bedarf an akademischer, sprachlicher und landeskundlicher Expertise zur Ukraine, sowie den Wunsch nach Vernetzung, Austausch, aktivem Wissenstransfer und Dialog. Ein disziplinärer Schwerpunkt dabei ist immer wieder der Bereich der Politik- und Sozialwissenschaften – gerade in diesen Bereichen jedoch ist die institutionalisierte akademische Wissensproduktion in Deutschland mitunter sehr schlecht aufgestellt.

Forschung & Lehre zur Ukraine: engagiert, unsystematisch, vereinzelt

Die Ukraine in der Forschungslandschaft in Deutschland als kaum existent zu bezeichnen, wäre falsch – es gibt hierzulande durchaus in nicht geringem Umfang Forschung und auch einschlägige Forscher:innen zur Ukraine. Im Abgleich mit den oben genannten Bedarfen, die unterschiedliche Wissensarten, Multi- bzw. Interdisziplinarität sowie zeitgenössische sozialwissenschaftliche Forschung, Vernetzung und funktionierende Wissenstransferformate betonen, zeigt sich jedoch, dass die akademische Beschäftigung mit der Ukraine zum Großteil am Bedarf vorbeigeht. Die Ukraine-Forschung ist vergleichsweise am stärksten (wenn auch nicht ausreichend stark) in den Geschichtswissenschaften; in den Politik- und Sozialwissenschaften dagegen aber erheblich schwächer und nicht institutionalisiert. Ein erheblicher Anteil der Forschung zur Ukraine findet auf den Karriereebenen unterhalb der Professur statt, was an der Nachhaltigkeit der Ukraine-Forschung Zweifel aufkommen lässt. Allerdings fehlt es auch nicht nur an Professuren, die mehr oder weniger explizit zur Ukraine oder mindestens zu Osteuropa arbeiten, sondern auch an Vernetzung – sowohl innerhalb der Wissenschaft, als auch über die Wissenschaft hinaus in Politik, Gesellschaft, Medien, Kultur und Wirtschaft. Zugleich findet an außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie dem ZOiS exzellente Ukraine-Forschung statt, deren Ergebnisse aber wiederum nicht systematisch in die akademische Lehre einfließen.

Akademische Lehre zur Ukraine ist an einigen Hochschulen, die bereits vor der Vollinvasion ein erkennbares Osteuropa-Profil ausgebaut hatten, oft deutlich gestiegen, wie sich beispielsweise an den Hochschulen in Berlin, Bremen, Frankfurt (Oder), Gießen, München oder Regensburg zeigt. Die oftmals auch von geflüchteten ukrainischen Wissenschaftler:innen angebotenen

Lehrveranstaltungen fügen sich durchaus positiv in vorhandene BA- oder MA-Studiengänge mit Osteuropa-profil oder auch allgemeiner Europa-Studien ein, sind jedoch nicht systematisch in die Curricula eingeflochten und werden von Semester zu Semester neu aufgesetzt. Ein Ukraine-bezogenes Studium gleich welcher Disziplin lässt sich in Deutschland nicht aufnehmen, da es an vielen Hochschulstandorten vom Zufall und dem freien Forschungsinteresse einzelner (oftmals befristeter) Wissenschaftler:innen abhängig ist, ob es ein Lehrangebot zur Ukraine gibt oder nicht.

Ukrainian Studies in Deutschland: wie und wo?

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die wenig institutionalisierte, in der Lehre nicht systematische und disziplinar mangelhaft entwickelte Ukraine-Forschung in Deutschland dringend und intensiv aufgebaut werden muss – von Grund auf. In Brandenburg bestehen seit einigen Monaten intensive Bestrebungen, ein Ukraine-Zentrum in Frankfurt (Oder) zu gründen, welches die genannten Bedarfe aufgreifen und durch die direkte Anbindung an die Europa-Universität Viadrina auch zu einem akademischen Lehrangebot beitragen könnte. Den Aufschlag dazu machte eine Reihe namhafter Politiker:innen, Wissenschaftler:innen und Personen des öffentlichen Lebens, indem sie im Rahmen der »Frankfurter Erklärung« im Frühjahr 2023 die Einrichtung eines Ukraine-Zentrums in Frankfurt (Oder) forderten. Der Fokus auf Frankfurt (Oder) als Standort betont nicht nur den Gründungsauftrag der dort ansässigen Universität Viadrina, zur europäischen Verständigung und Entwicklung beizutragen, sondern gerade auch deren vielfältigen Forschungs- und Vernetzungsaktivitäten zu Polen, der Ukraine und dem weiteren mittel- und osteuropäischen Raum. Auf der Basis der vorhandenen Erfahrungen könnte eine engagierte Ukraine-Forschung, die es mit dem deutschlandweit einzigartigen Lehrstuhl zur ukrainischen Verflechtungsgeschichte an der Viadrina bereits gibt, auf- und interdisziplinär ausgebaut werden.

Über die Autorin:

Dr. Susann Worschech ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich European Studies an der Europa-Universität Viadrina. Ihr Forschungsgebiet ist die Politische Soziologie Europas mit einem besonderen Fokus auf Zivilgesellschaft und sozialem Wandel in der Ukraine. Ihre Arbeit wurde mehrfach ausgezeichnet, zuletzt mit dem PostDoc-Preis des Landes Brandenburg 2019.

Lesetipps:

- Susann Worschech: Ukrainian Studies? – Fehlanzeige: Die Ukraine im Spiegel der Wissenschaft in Deutschland, in: Ukraine-Analysen 250, 28.04.2021, DOI: 10.31205/UA.250.01.

Dass es hierbei neben der klassischen Ukrainistik – also Geschichte, Sprache und Kultur der Ukraine – auch und gerade um sozial-, politik-, wirtschafts- und rechtswissenschaftliche Perspektiven auf die Ukraine, ihre transnationalen Verflechtungen, ihren Weg in die Europäische Union und ihre (komplexe, ambivalente) Rolle für Frieden und Sicherheit, Demokratie und Resilienz in Europa gehen muss, liegt nicht nur angesichts der genannten Bedarfe an Osteuropa-Expertise auf der Hand. Zentral sind zudem innovative und nachhaltige Formate in der Lehre, die nicht unbedingt nur auf die Ukraine fokussiert sein müssen, sondern am Beispiel der Ukraine die relevanten Fragen von europäischer und globaler Tragweite diskutieren können. Und schließlich braucht die Ukraine-Expertise eben doch eine »Telefonnummer«: sie muss auffind- und ansprechbar sein für den außerakademischen Raum, der forschungsbasierte, empirisch saubere und theoretisch gehaltvolle Erkenntnisse kompakt und verständlich an eine interessierte Öffentlichkeit, an Multiplikator:innen in Medien und Zivilgesellschaft, an Entscheider:innen in Wirtschaft und Politik kommunizieren kann.

Die Bereitstellung von Wissen außerhalb des akademischen Raums erfordert besondere Formate des dialogischen Transfers, der gemeinsamen Projektentwicklung und -beratung und der in der wissenschaftlichen Debatte geübten Kritik. Diese Aufgabe kann auch nicht nur durch *ein* Zentrum oder *eine* Hochschule erfüllt werden, sondern benötigt breitere Strukturen. Ukraine-Studien in Deutschland zu etablieren sollte daher an akademischen und außerakademischen Bedarfen, nachhaltigen Formaten, anspruchsvoller multidisziplinärer Forschung und engagierter Wissensvermittlung orientiert sein. Eine starke Ukraine-Forschung in Deutschland kann und muss zudem den allgegenwärtigen Fake News und im wissenschaftlichen Gewand daherkommenden Populismen und Fehleinschätzungen etwas entgegensetzen und ein verantwortlicher, wahrgenommener Teil der öffentlichen Debatte werden.

Mehr Öffentlichkeit wagen. Ein Erfahrungsbericht

Von Klaus Gestwa (Universität Tübingen)

Mit Blick auf ihre eigenen Erfahrungen schrieb Hannah Arendt (1906–1975) dass es Zeiten gebe, in denen sich die Menschen eingestehen müssten, dass sie die Welt als Ganzes nicht verändern können. Dann müssten die Einzelnen für sich herausfinden, was sie an ihrem Platz in der Welt zu tun vermögen, um sich vom Lauf der großen Politik nicht überwältigen zu lassen. Arendts verantwortungsethisches Selbstermächtigungsdiktum gilt seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine für Osteuropa-Forscher:innen mit besonderem Nachdruck. Die Informations- und Orientierungsbedürfnisse von Politik und Öffentlichkeit sind so groß, dass angesichts fehlender politik- und sozialwissenschaftlicher Osteuropa-Expertise selbst Historiker:innen, die eigentlich Vergangheitsfachleute sind, immer wieder um Gegenwartsanalysen und Prognosen gebeten werden.

Trotz medialer Vorerfahrungen stellte ich mich im Februar 2022 zunächst zögerlich dem Wagnis Öffentlichkeit, weil ich befürchtete, angesichts der dramatischen Kriegssituation auf dem rutschigen Parkett der Medien keine gute Figur abzugeben. Wissenschaftliches Arbeiten zeichnet sich durch Differenzierung und Abwägung sowie durch ein besonderes Verhältnis von Argumentation und Befund aus. In den Medien hingegen geht es auf knappem Raum mehr um Statement und Botschaft. Das griffige Zitat ist oftmals wichtiger als die überzeugende Begründung.

Zu meinem Glück erwiesen sich die an mich herantretenden Journalist:innen als kompetent und verlässlich. Von Lokalzeitungen über Radio- und Fernsehsender bis hin zu reichweitenstarken Nachrichtenportalen entstand ein vertrauenswürdiger Austausch. Diese journalistische Professionalität hat mich dazu ermuntert, mehr Öffentlichkeit zu wagen. Das hat mich präsenter und aktivistischer gemacht. Ich bin dadurch in eine deutlich politischere Rolle hineingerutscht.

Welche Unannehmlichkeiten das öffentliche Positionieren mit sich bringen kann, erfuhr ich im Herbst 2022. Damals hatte die umstrittene Publizistin Gabriele Krone-Schmalz meine Münchener Kollegin Franziska Davies verklagt, nachdem Davies ihre politisch bedenklichen Aussagen scharf kritisiert hatte. Als die Volkshochschule Reutlingen Mitte Oktober 2022 einen Vortrag von Frau Krone-Schmalz ins Netz stellte, bekam ich die Gelegenheit, meine Kritik an den Äußerungen der meinungsstarken, zugleich larmoyanten Putin-Versteherin öffentlich zu machen. Das brachte mir einen Shitstorm mit über 200 Mails, mehreren Briefen und wütenden Anrufen ein. Der Leiter der Reutlinger Volks-

hochschule drohte mir sogar mit rechtlichen Schritten. Diese Einschüchterungs- und Empörungswelle ebte nach zwei Wochen wieder ab. Meine Kritik hingegen hinterließ dauerhafte digitale Spuren. Dazu trug bei, dass Franziska Davies mit einem gut belegten Artikel in der Fachzeitschrift *OSTEUROPA* Frau Krone-Schmalz detailliert als Desinformationsexpertin entzauberte und auch den Rechtsstreit klar für sich entschied.

Als der Schweizer Verschwörungsunternehmer Daniele Ganser mit einem Vortrag zum »Ukraine-Krieg« durch Deutschland, Österreich und die Schweiz tourte, erhob ich im Frühjahr 2023 zusammen mit anderen Fachkolleg:innen (u. a. mit Benjamin Schenk, Martin Aust und Michael Butter) laut Einspruch gegen diesen Matador der von Moskau beeinflussten Alternativmedien. Mit seinen Erzählungen, die den Stand der Osteuropaforschung komplett ignorieren und auf einem simplen Antiamerikanismus beruhen, betreibt Ganser bedenkenlos und finanziell lukrativ die politischen Geschäfte des Kremls und wird so zur medialen Waffe in dessen hybrider Kriegsführung. Um diese politische Dimension zu unterstreichen, bezeichnete ich den selbsternannten Friedensforscher mit Anspielung auf seinen esoterisch-anthroposophischen Lebensberatungshabitus als »Putin-Troll auf Globuli«. Auf Gansers Social Media-Lamento hin, ich würde ihn diffamieren, überzog mich seine Fangemeinde mit bösen Kommentaren und obszönen Wutmails.

Anlässlich des ersten Jahrestags der russischen Totalinvasion produzierte die Tübinger Hochschulkommunikation mit mir ein 45-minütiges Thesencheck-Video, in dem ich acht populäre Behauptungen zum Krieg gegen die Ukraine widerlege. Die Resonanz war erstaunlich und erfreulich. Ende Mai 2023 verzeichnete Youtube schon über 720.000 Aufrufe. Dieses Mal erhielt ich sogar über 250 mehrheitlich positive Zuschriften mit Dank und interessierten Nachfragen. Die prorussischen Alternativmedien sahen in dem Video hingegen eine veritable Bedrohung und starteten üble Diskreditierungsaktionen.

Sich mit der eigenen Expertise in der aktuell polarisierten Öffentlichkeit zu exponieren, erfordert Mut, ein robustes Nervengerüst und kollegiale Solidarität. Aber in Zeiten, in denen die Moskauer Desinformationsfachleute und ihre willigen Helfershelfer unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit alle Möglichkeiten nutzen, einen Informationskrieg zu entfachen, bedarf es breit organisierter Gegenrede aus der Wissenschaft, um die Gut- und Leichtgläubigen sowie die vom Kriegsgeschehen verunsicherten Durchschnittsbürger:innen vor der prorussischen Meinungsmache zu

warnen. Zugleich verschafft die öffentliche Kritik aber den Schönredner:innen des Putinismus auch mehr Aufmerksamkeit und muss darum gut überlegt sein, um die mediale Verfallszeit wissenschaftlich unhaltbarer Aussagen nicht unnötig zu verlängern.

Vor allem gilt es, *false balance* und *bothsidesism* zu vermeiden. Deshalb muss stets die klare Asymmetrie betont werden, die es zwischen evidenzbasierten, im wissenschaftlichen Diskurs bestätigten Analysen auf der einen Seite und Spekulationen auf der anderen gibt, die aus fragwürdigen Quellen wie Verschwörungsmythen und russischen propagandistischen Narrativen abgeleitet wurden. Jeglicher Anschein falscher Ausgewogenheit in Form einer verzerrten Pro- und Kontra-Konstellation bestärkt die Lese- und Denkfaulen, die meinen, ohne jegliche Kenntnis der Osteuropa-Forschung Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine erklären und vermeintliche Wege zum Frieden aufzeigen zu können.

In der Öffentlichkeit setzen sich Forscher:innen einerseits immer dem Vorwurf der Passivität aus, wenn sie in für ihr Fach relevanten gesellschaftlichen Debatten

keine Präsenz zeigen. Andererseits wird ihnen Arroganz vorgehalten, wenn sie mit ihrer Expertise das Urteilsvermögen von fachfremden Personen in Frage stellen, die Desinformationen und Missinterpretation verbreiten. Mit diesem Spannungsbogen müssen und können Osteuropa-Forscher:innen bei ihrer neu gewonnenen medialen Stimmkraft leben. Dabei wird der »öffentliche Vernunftgebrauch« (Amartya Sen) engagierter Wissenschaftler:innen einigen Menschen ihre ausgeprägte »Lust an der Unvernunft« (Martin Aust) sicher nicht nehmen. Trotz dessen hat die Forschung die vielfältigen Gefahren durch Moskaus Informationskrieg klar thematisiert und unübersehbare Warnzeichen gesetzt.

Seit dem 24. Februar 2022 haben sich mein Arbeitsleben und mein Selbstverständnis als Wissenschaftler spürbar verändert. Die eigentliche Forschung leidet. Die neu erlangte mediale Aufmerksamkeit würde ich sofort gegen die Möglichkeit eintauschen, wieder mit meinen Kolleg:innen in der Ukraine und in Russland gemeinsam vor Ort forschen zu können. Hoffen wir, dass dies sehr bald möglich sein wird.

Über den Autor:

Prof. Dr. *Klaus Gestwa* ist seit 2009 Lehrstuhlinhaber und Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde der Universität Tübingen. Er hat mehrere internationale Forschungsprojekte mit ukrainischen und russischen Kolleg:innen geleitet. Seine Themenschwerpunkte sind die Wissenschafts-, Technik- und Umweltgeschichte sowie der Zerfall des Sowjetimperiums und die darauffolgenden Transformationsprozesse.

It's Bullshit! Zur Rolle von (Pseudo-)Expert:innen in der öffentlichen Debatte zu Russlands Krieg gegen die Ukraine

Von Franziska Davies (Ludwig-Maximilians-Universität München)

Seit dem 24. Februar 2022 sind Wissenschaftler:innen, die sich mit Russland und der Ukraine beschäftigen, gefragte Ansprechpartner:innen der Medien. Der Schritt aus dem wissenschaftlichen Fachdiskurs in die breite öffentliche Debatte birgt zwar durchaus Gefahren, sollte in diesen Zeiten aber trotzdem gewagt werden. Russlands Krieg gegen die Ukraine ist ein Moment, der intellektuelle und moralische Haltung von jedem Individuum verlangt – für das Opfer, gegen den Aggressor. Eine besondere Verantwortung aber kommt denjenigen zu, die zur Aufklärung über die Hintergründe des Kriegs beitragen und damit Kreml-Narrative fundiert widerlegen können. Das gilt vor allem für Osteuropa-Wissenschaftler:innen. Das Feld darf nicht Kreml-Apologet:innen und Pseudo-Expert:innen überlassen werden.

Freilich bringt das auch Herausforderungen und Belastungen mit sich, die viele Osteuropa-Expert:innen

in den letzten Monaten wohl zum ersten Mal in dieser Intensität erlebt haben. Der Schritt aus der akademischen Welt in gesellschaftspolitische Debatten kann zu Diffamierungen im öffentlichen Raum, Beschwerden beim Arbeitgeber, eine tägliche Flut von »Hatemails« im Posteingang oder gar der Androhung von Klagen durch Multiplikator:innen von Desinformation führen, die sich durch kritische Gegenstimmen aus der Wissenschaft in ihrer Deutungshoheit bedroht sehen. Noch schwerwiegender ist, dass die Universitäten sich in solchen Fällen in aller Regel nicht hinter ihre Angestellten stellen, sondern deren Probleme schlicht zur »Privatsache« erklären, mit denen die Uni-Leitungen nichts zu tun haben. In Anbetracht der Tatsache, dass Wissenschaftskommunikation in den zahlreichen »Krisen« der Gegenwart und Zukunft gesellschaftlich relevant und wichtig ist, sollte die Rückgratlosigkeit der Universitäten uns alle beunruhigen.

Zugleich haben aber auch das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit und die Anfeindungen gegen viele Fachvertreter:innen zu einem neuen Grad der Vernetzung und auch der Solidarität geführt. Neue Netzwerke sind entstanden, mit denen sich persönliche Belastungen und fachliche Herausforderungen besser bewältigen lassen. Diese Solidarität ist in aller Regel statusunabhängig. Der wissenschaftliche »Nachwuchs« und Professor:innen begreifen sich als Team, um gemeinsam pro-russischen Falschinformationen entgegenzuwirken. Etablierte Lehrstuhlinhaber:innen, die versuchen, jüngere Kolleg:innen über ihre Netzwerke zu diskreditieren, sind dabei eine bedauerliche, letztlich aber zu vernachlässigende Ausnahme. Vielleicht ist es für manche auch einfach schwer vorstellbar, dass man einen aktiven Twitter-Account haben *und* trotzdem seriöse wissenschaftliche Arbeit leisten kann (OK, Boomer...).

Neben diesen Herausforderungen wiederholt sich in der öffentlichen Debatte auch im Falle des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ein bekanntes Muster aus der Corona-Pandemie und den Diskussionen der letzten Jahrzehnte zum menschengemachten Klimawandel im Hinblick auf die Frage, wer in der medialen Öffentlichkeit den Status einer Expertin/eines Experten zugesprochen bekommt. Seit Februar 2022 werden diverse Wissenschaftler:innen als »Expert:innen« präsentiert, die sich wissenschaftlich nicht mit der Ukraine oder Russland befasst haben und außerdem darauf verzichten, die einschlägigen Forschungen der letzten Jahrzehnte zu diesen Ländern zur Kenntnis zu nehmen. Nach über einem Jahr nach der russischen Totalinvasion könnte man inzwischen ergänzen, dass sie außerdem darauf verzichten, die jetzigen Verlautbarungen aus Moskau sowie die unzähligen russischen Kriegsverbrechen auf ukrainischem Boden zur Kenntnis zu nehmen. In diese Gruppe gehören z. B. die Politikwissenschaftler Johannes Varwick und Julian Nida-Rümelin sowie ihre inzwischen (auf Grund von damit nicht in Verbindung stehenden Plagiaten) von der Universität Bonn entlassene Kollegin Ulrike Guérot.

Die Berücksichtigung zentraler Quellen und einschlägiger Sekundärliteratur gehört aber zu den grundlegenden Regeln des wissenschaftlichen Arbeitens, von denen sich diese Wissenschaftler:innen aber allem Anschein nach verabschiedet haben. Teile der Medien scheinen dies nicht zur Kenntnis nehmen (oder für höhere Quoten billigend in Kauf zu nehmen) oder entscheiden sich aus einer – vielleicht gut gemeinten, aber dennoch falschen – »false balance« dafür, Multiplika-

tor:innen von Verschwörungstheorien eine Plattform zu geben. Selbst seriöse Zeitungen wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung veröffentlichen Beiträge von Wissenschaftler:innen, die leicht nachprüfbare Falschaussagen enthalten wie z. B. den Beitrag des Strafrechtlers Reinhard Merkel im vergangenen Jahr, in dem dieser das russische Okkupationsregime auf der Krim als »befriedete Ordnung« bezeichnete und die Annexion als einen Vorgang, bei dem »niemand verletzt wurde« (Reinhard Merkel, Verhandeln heißt nicht kapitulieren, FAZ, 28.12.2022, URL: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/gibt-es-fuer-die-ukraine-eine-pflicht-zur-verhandlung-18561825.html>).

Einer fatalen Medienlogik zufolge sehen sich gerade Osteuropa-Wissenschaftler:innen dann verpflichtet und werden auch von Redaktionen dazu aufgefordert, eine »Gegenposition« zu veröffentlichen. Aus Sicht der Redaktionen ist das attraktiv, generiert dies nicht nur Zeitungsverkäufe und Klickzahlen, sondern sie können sich außerdem auf die Fahnen schreiben, eine gesellschaftspolitische »Debatte« zu ermöglichen. Solch ein medialer Schlagabtausch gaukelt der breiteren Öffentlichkeit eine wissenschaftliche Debatte vor. Tatsächlich spielen die »Positionen« der Desinformation verbreitenden Wissenschaftler:innen allerdings keine Rolle im wissenschaftlichen Diskurs – dazu reicht ein kurzer Blick in einschlägige Fachzeitschriften, in denen diese schlichtweg nicht publizieren. Die Osteuropa-Wissenschaftler:innen stehen somit vor dem Dilemma, irreführende »Meinungsbeiträge« unkommentiert stehen zu lassen oder sich auf eine Scheindebatte einzulassen, in denen Meinungen als Fakten präsentiert werden. Eigentlich wäre es die Aufgabe von Redaktionen, Aussagen zu prüfen und Falschaussagen nicht zu veröffentlichen. Immer öfter kommen diese aber aus den genannten Gründen ihrer journalistischen Sorgfaltspflicht nicht nach – und tragen damit letztlich zur Desinformation über einen genozidalen Angriffskrieg bei und leisten den Lügen des Aggressors dadurch Vorschub.

Es sieht nicht danach aus, dass sich diese mediale Debattenlogik ändern wird. Deswegen wäre es an der Zeit, sich den Essay »On Bullshit« (1986) von Harry G. Frankfurt zu Gemüte zu führen und uns von unseren üblichen akademischen Gepflogenheiten der höflichen Gegenrede zu verabschieden. Als Antwort auf bestimmte irreführende Behauptungen, die wir in Dauerschleife seit dem 24. Februar 2022 hören, genügt eine einfache Antwort: »It's Bullshit.«

Über die Autorin:

Dr. *Franziska Davies* ist Akademische Rätin an der Abteilung für Geschichte Ost- und Südosteuropas am Historischen Seminar der LMU München.

Politikwissenschaftliche Ukraine-Studien: Von der Theorietestung zur Theoriebildung?

Von Inna Melnykovska (Central European University, Wien)

Die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Ukraine war eine Herausforderung, da rechtefertigt werden musste, warum die Ukraine als Fallbeispiel bei der Überprüfung etablierter theoretischer Paradigmen geeignet war und das Potenzial besaß – entweder als Einzelfall oder im Vergleich mit anderen Fallbeispielen – das allgemeine theoretische Wissen zu bereichern. Die größte Sorge der Sozialwissenschaftler:innen, die sich mit der Ukraine auseinandersetzen wollten, bestand darin, der Kritik zu begegnen, die üblicherweise an den Regionalstudien geäußert wird: sie produzierten zu spezifisches und weniger verallgemeinerbares (sprich: weniger wertvolles) Wissen und seien deskriptiv und nicht methodologisch. Ihre Hauptgegner waren die so genannten *Westplainer*, die Kenntnisse über den regionalen, nationalen und lokalen Kontext als nebensächlich und vernachlässigbar erachteten, um die Funktionsweise von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, einschließlich der der Ukraine, zu verstehen. Als Reaktion darauf lernten die Ukraine-Expert:innen, ihre profunden Landeskenntnisse mit theoretischer und methodischer Exzellenz in der Forschungspraxis zu kombinieren. So entwickelte sich die Länderexpertise zur Grundlage für eine hohe Forschungsqualität, die eine nuancierte Untersuchung politischer, wirtschaftlicher und sozialer (Un-)Gesetzmäßigkeiten ermöglicht. Im Unterschied zur »traditionellen« Ukrainistik, die in der Regel die *Besonderheiten* der ukrainischen Sprache, Kultur und Geschichte herausstellten, bemühte sich die politikwissenschaftliche Ukraine-Forschung darum, den »typischen« Charakter der Ukraine und seine Vergleichbarkeit mit anderen Staaten hervorzuheben.

Jetzt, wo die Ukraine von Russland angegriffen wird, hat sie nun die Chance, von einem Fall für die *Theorieprüfung* zu einem Fall für die *Theoriebildung* zu werden. Vor der russischen Invasion war die politikwissenschaftliche Erforschung der Ukraine hauptsächlich in die theoretischen Paradigmen der Transformations- und Demokratisierungsforschung eingebettet. Gelegentlich wurde das Land auch aus der Perspektive der (kompetitiven) Autokratieforschung betrachtet. Die Forschungsfragen konzentrierten sich auf die transformative Wirkung externer Akteure (z. B. Europäische Union, NATO) und deren Einfluss auf die demokratischen Prozesse in der Ukraine. Lokale Akteur:innen hingegen wurden aus kausalen Zusammenhängen ausgeklammert und lediglich als kontextuelle Bedingungen dargestellt. Der Mehrwert des Fallbeispiels Ukraine für die beiden theoretischen Paradigmen der Demokratisierungs- und Auto-

kratieforschung war umstritten. Die transformative Kraft der westlichen Demokratieförderer war begrenzt und so landete das Land in der Grauzone hybrider Regime zwischen Demokratie und Autokratie. Auch die Aussagekraft autokratischer Ansätze griff zu kurz, da die Versuche zur autokratischen Machtkonsolidierung in der Ukraine scheiterten und ihr politisches Regime den »defekten« Demokratien zugeordnet wurde, in denen der politische Pluralismus nicht durch funktionierende demokratische Institutionen gewährleistet wurde, sondern durch den Wettbewerb rivalisierender Elitengruppen. Nach diesen theoretischen Paradigmen wären die politischen und staatlichen Institutionen der Ukraine zu schwach gewesen, um der russischen Aggression zu begegnen. Die ukrainische Realität zeigt jedoch: Sie lagen beide falsch.

Die Widerstandsfähigkeit der Ukraine ist das Ergebnis kollaborativer und (selbst-)koordinierter Bemühungen von Gesellschaft, Wirtschaft und staatlichen Akteuren auf nationaler und lokaler Ebene (vgl. dazu die kommende Ausgabe der Ukraine-Analysen 287, Anm. d. Red.). Die Erklärung dieses Rätsels hat das Potenzial, eine neue Theorie der demokratischen und kollaborativen Resilienz zu entwickeln, die sowohl für sich demokratisierende Regime als auch für fortgeschrittene Demokratien relevant wäre. Darüber hinaus versprechen die Migrationsströme und damit verbunden der Aufbau neuer Gemeinschaften in der Ukraine und im Ausland, der moderne zwischenstaatliche Krieg mit seiner hybriden Kriegsführung und andere Themen neue Impulse für die gegenwärtigen theoretischen und konzeptionellen Diskussionen in den Politikwissenschaften zu liefern und darüber hinaus den Boden für interdisziplinäre akademische Zusammenarbeit zu bereiten. Um dem vergleichenden Charakter der Politikwissenschaft gerecht zu werden, wird die Ukraine schließlich nach einer neuen »Familie« von Fällen suchen, mit denen sie verglichen werden kann. Geflüchtete ukrainische Wissenschaftler:innen, die an westlichen Universitäten untergebracht sind, können die Erweiterung ihrer akademischen Netzwerke vorantreiben und neue Forschungsk Kooperationen mit der traditionellen »Ukrainistik« sowie mit Forschenden aus anderen Teilbereichen/ Disziplinen und mit unterschiedlicher regionaler Expertise initiieren. Auf diese Weise würden sie eine echte »De-Kolonialisierung« der politikwissenschaftlichen Ukraine-Forschung einleiten, weg von den bisherigen theoretischen Paradigmen und der engen thematischen und regionalen Fokussierung auf die »postsowjetische« Ukraine.

Russlands Krieg gegen die Ukraine bringt zwar methodische Herausforderungen für die Forschung mit

sich: Die Feldarbeit in der Ukraine ist nicht sicher. Die Untersuchung einiger Themen (z. B. Korruption, Menschenrechtsverbrechen) ist heikel und führte zu neuen ethischen Überlegungen. Aber digitale Ethnographie, Fernbeobachtung, Online-Interviews sowie andere qualitative und quantitative Methoden, die in der Politikwissenschaft seit der Covid-19-Pandemie einen Aufschwung erlebt haben, bieten dennoch Möglichkeiten zur soliden Datenerhebung in dem vom Krieg betroffenen Forschungsgebiet. Die Initiativen zur Einrichtung von Datensammlungen mit ukrainebezogenen Daten (z. B. auf Discuss Data, <https://discuss-data.net/>) werden nicht nur die Bemühungen zur Datenerfassung und -generierung konsolidieren, sondern auch das Interesse an der Ukraine und ihrer Erforschung in den internationalen akademischen Gemeinschaften ermöglichen

Über die Autorin:

Dr. Inna Melnykowska ist Assistant Professor im Fachbereich Politikwissenschaft an der Central European University in Wien. Sie forscht zu politökonomischen Themen mit Fokus auf die Ukraine.

und aufrechterhalten. Auf die Ukraine bezogene Datensammlungen können als Katalysatoren für eine wachsende empirisch und methodisch fundierte politikwissenschaftliche Ukraine-Forschung dienen.

Zusammengefasst eröffnet Russlands Krieg gegen die Ukraine Sozialwissenschaftler:innen mit Ukraine-Expertise die Möglichkeit, sich sinnvoll in die disziplinäre Suche nach neuen theoretischen Paradigmen einzubringen, zeitgenössische methodische Trends aufzugreifen, die Trennung zur traditionellen Ukrainistik zu überwinden und neue interdisziplinäre und überregionale Forschungsk Kooperationen zu entwickeln. Die Ukraine-Studien sollten diese Chancen nutzen, um aus der Peripherie in den Mainstream der politikwissenschaftlichen Debatte(n) zu gelangen.

Übersetzung aus dem Englischen: Dr. Eduard Klein

STATISTIK

Auswirkungen des Krieges auf Forschung und Wissenschaft der Ukraine

Karte 1: Durch den russisch-ukrainischen Krieg zerstörte Universitäten in der Ukraine

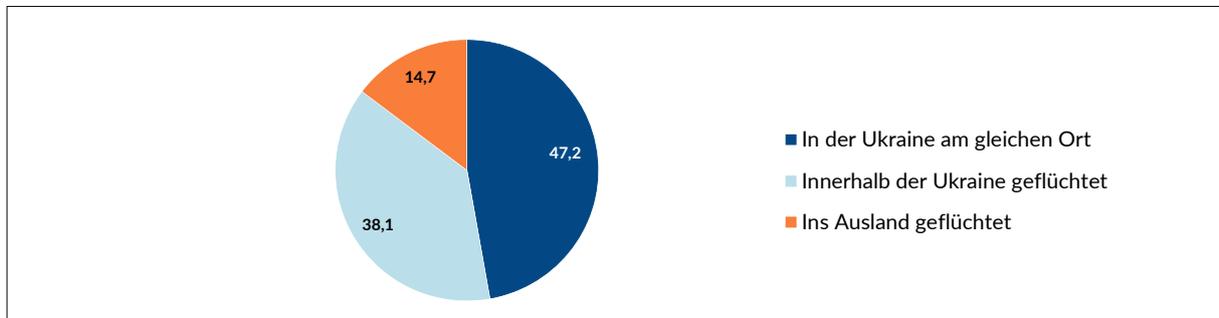


Quelle: <https://saveschools.in.ua/en/>, Anm.: Diese Quelle wird regelmäßig aktualisiert. Zugriff am 13.06.2023

Karte 2: Durch den russisch-ukrainischen Krieg beschädigte Universitäten in der Ukraine

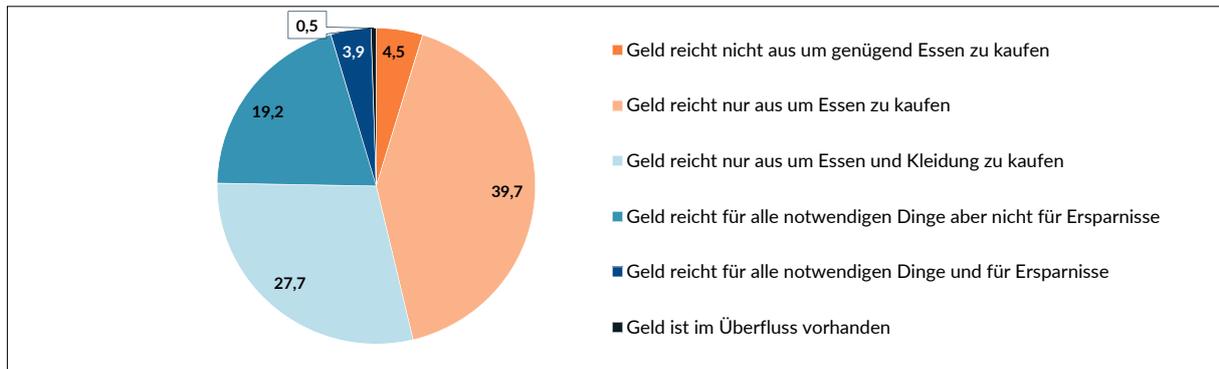


Grafik 1: Aktueller Aufenthaltsort von Wissenschaftler:innen (Stand: Mai 2022, in %)



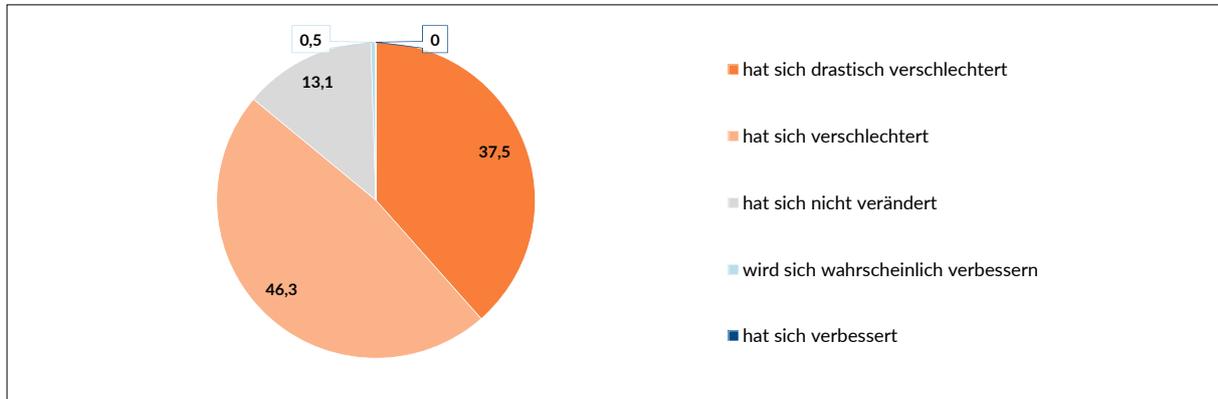
Quelle: Online Umfrage vom 01.04.2022-02.05.2022; N=2173, <https://www.uascience-reload.org/wp-content/uploads/2022/07/UAS.R-Presentation-Results-English-June-2022.pdf>

Grafik 2: Selbsteinschätzung der materiellen Situation von Wissenschaftler:innen (in %)



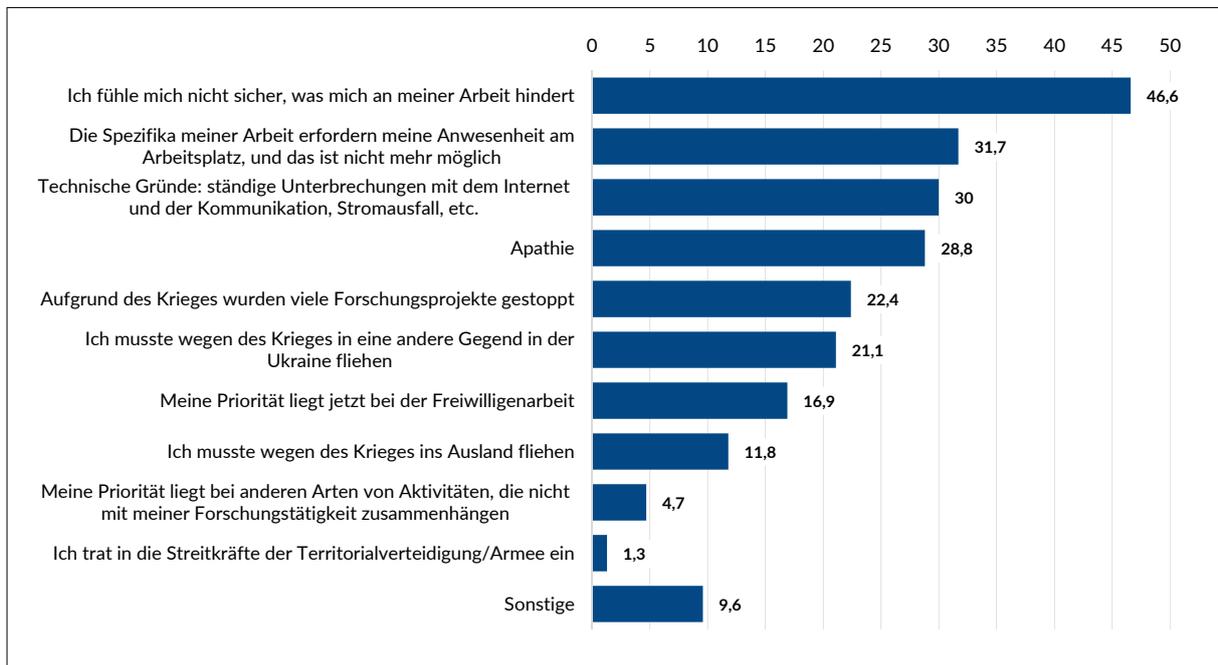
Quelle: Lutsenko et al. (2023): *The Results of The Survey on The Needs of Ukrainian Scientists (First Wave Report)*. SSRN: <https://ssrn.com/abstract=4335098>

Grafik 3: Selbsteinschätzung der materiellen Situation von Wissenschaftler:innen: Meine finanzielle Situation... (in %)



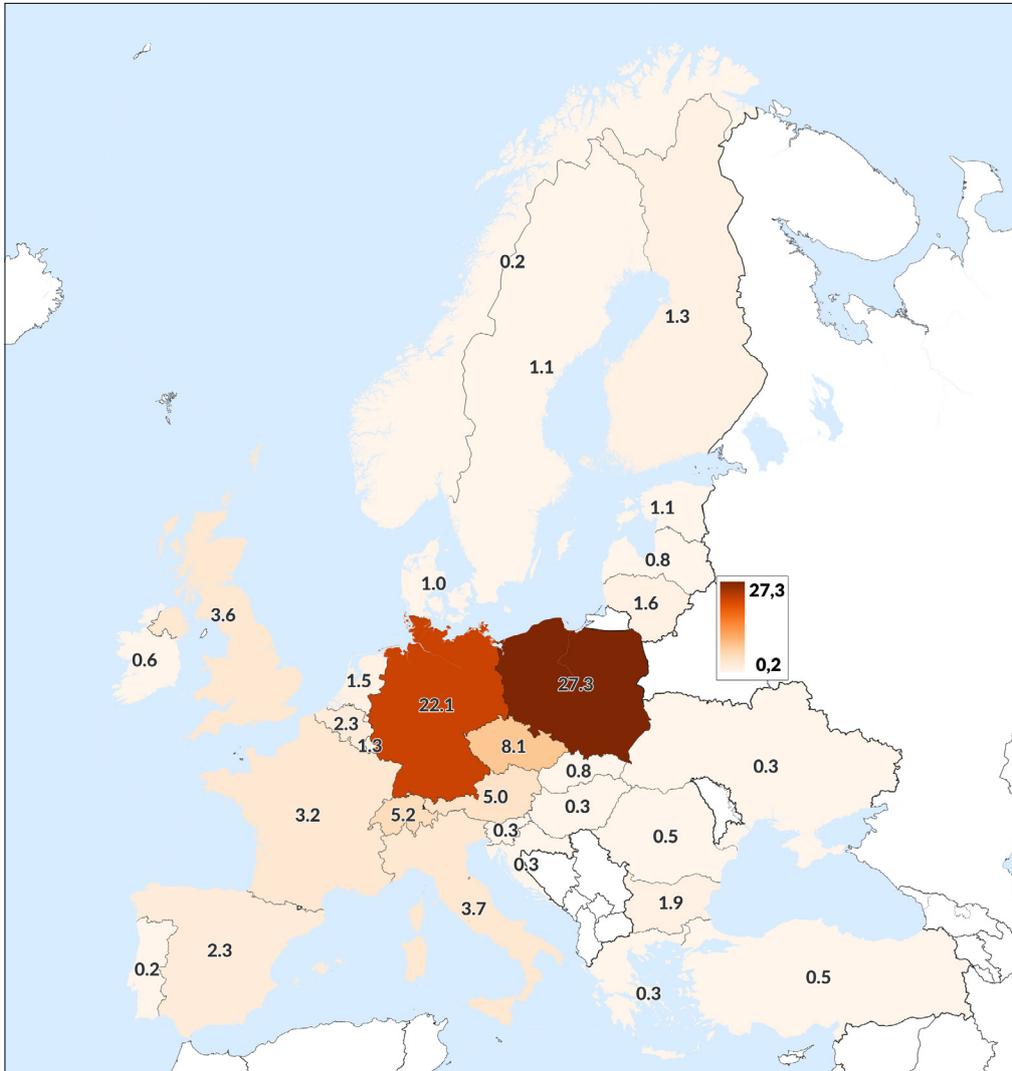
Quelle: Lutsenko et al. (2023): *The Results of The Survey on The Needs of Ukrainian Scientists (First Wave Report)*. SSRN: <https://ssrn.com/abstract=4335098>

Grafik 4: Faktoren, die eine umfassende Einbindung in die Forschungstätigkeit verhindern (in %, Mehrfachnennung möglich)

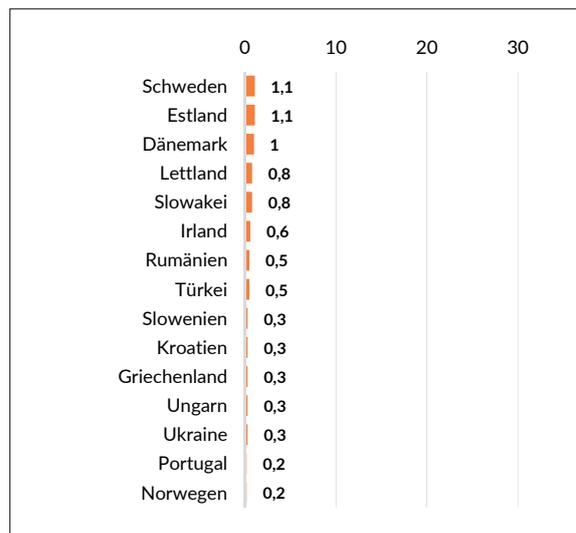
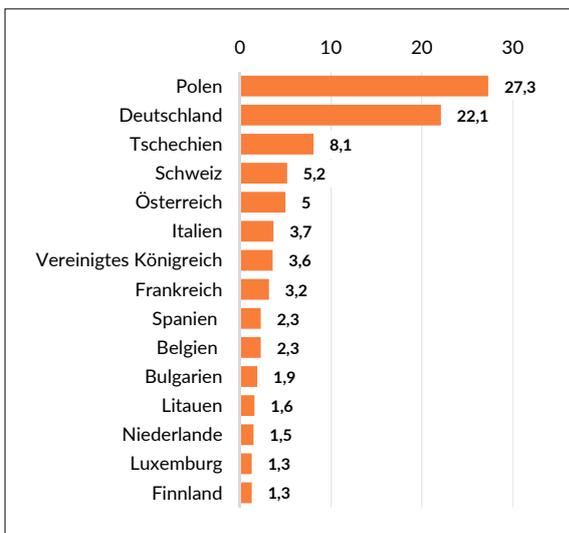


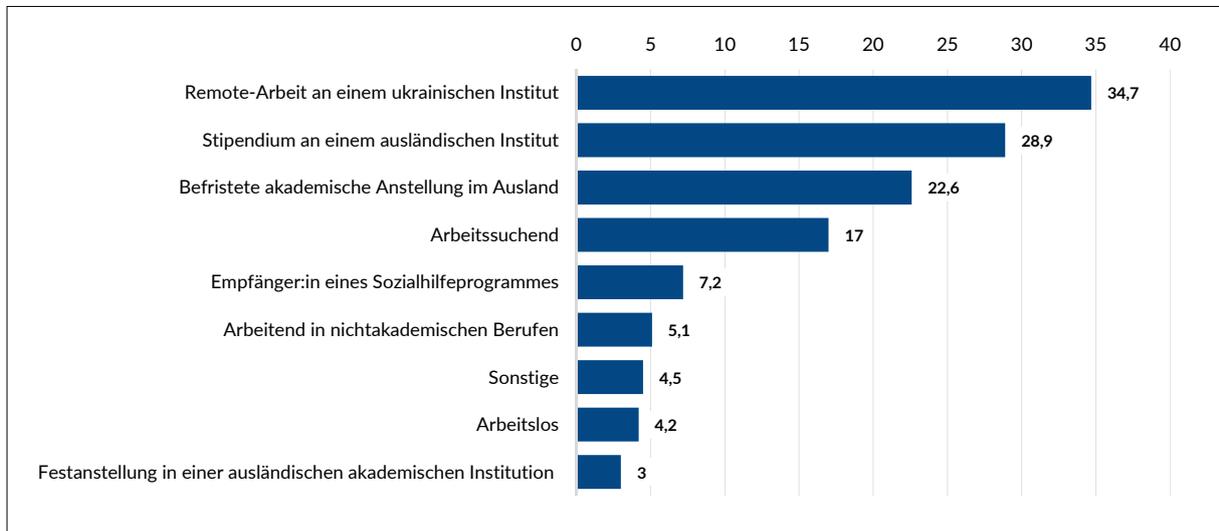
Quelle: Lutsenko et al. (2023): *The Results of The Survey on The Needs of Ukrainian Scientists (First Wave Report)*. SSRN: <https://ssrn.com/abstract=4335098>

Karte 3: Wohin ukrainische Wissenschaftler:innen in Europa (EU-27 (ohne Malta und Zypern) sowie Norwegen, Schweiz, Türkei und Vereinigtes Königreich) geflohen sind (in %)



Anm.: Insgesamt 619 Befragte, welche bis zum 24. Februar 2022 an einer ukrainischen wissenschaftlichen Einrichtung beschäftigt waren und infolge der russischen Invasion aus der Ukraine geflohen sind. Die Umfrage wurde online durchgeführt und ist nicht repräsentativ.
 Quelle: Maryl et al. (2022): Beyond Resilience – Professional Challenges, Preferences, and Plans of Ukrainian Researchers Abroad. DOI: 10.5281/zenodo.7380509



Grafik 5: Berufliche Situation geflüchteter ukrainischer Wissenschaftler:innen im Ausland (in %)

Notiz: Insgesamt 619 befragte, welche bis mind. 24. Februar 2022 am einer ukrainischen wissenschaftlichen Einrichtung beschäftigt waren und infolge der russischen Invasion aus der Ukraine geflohen sind. Die Umfrage wurde in einem online-Format durchgeführt und ist nicht repräsentativ.

Quelle: Maryl et al. (2022): *Beyond Resilience – Professional Challenges, Preferences, and Plans of Ukrainian Researchers Abroad*. DOI: 10.5281/zenodo.7380509

CHRONIK

Chronik 05. – 18. April 2023

05.04.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj reist zu einem Staatsbesuch nach Polen. In Warschau erklärt er, dass bei dem Treffen mit dem polnischen Premierminister Mateusz Morawiecki eine Lösung für das Problem der ukrainischen Getreideexporte in die EU gefunden worden sei. In den kommenden Tagen sei mit Entscheidungen zu rechnen. Polen hatte den ukrainischen Getreideexport durch das eigene Land untersagt. Das Getreide sollte über Polen in andere Staaten transportiert werden, blieb aber oft dort, was zu Unzufriedenheit unter den Landwirt:innen aus Polen und einigen anderen Ländern geführt hatte.
05.04.2023	Der polnische Präsident Andrzej Duda verleiht dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Warschau für seine Arbeit im Sicherheitssektor, seine Unerschütterlichkeit bei der Verteidigung der Menschenrechte und in Anerkennung seiner Verdienste um die Vertiefung der Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine den Orden des Weißen Adlers, die höchste Auszeichnung Polens.
05.04.2023	Der polnische Präsident Andrzej Duda erklärt, Polen habe der Ukraine bereits vier MiG-29-Kampfflugzeuge übergeben, vier weitere würden gerade geliefert. Darüber hinaus sei Polen bereit, in naher Zukunft sechs weitere Kampffjets zu schicken.
05.04.2023	Nach einer gemeinsamen Bewertung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und der Weltbank haben die russischen Angriffe auf die ukrainische Energie-, Heizungs- und Gasinfrastruktur einen Schaden von mehr als 10 Milliarden US-Dollar verursacht. Auf den Energiesektor entfällt der größte Teil der Verluste – etwa 6,5 Mrd. US-Dollar. Der Schaden an Kernkraftwerken beläuft sich auf etwa 770 Millionen US-Dollar.
05.04.2023	Die Heizperiode in der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw wird am 8. April vorzeitig beendet. Da für die Hauptstadt eine stetige, deutliche Erwärmung vorhergesagt wird, haben die städtischen Behörden beschlossen, nicht bis zum 15. April zu warten und die Wärmeversorgung der Gebäude schon früher als geplant zu beenden.
05.04.2023	In Kramatorsk in der Oblast Donezk werden etwa 260 Häuser in 30 Straßen überflutet, nachdem eine Schleuse aufgrund der Schneeschmelze geborsten war. Die Evakuierungen dauern bis zum Abend an.

06.04.2023	Die Ukraine trifft mit Polen eine Vereinbarung über die gemeinsame Produktion von 125-mm-Panzergeschossen. Während eines offiziellen Besuchs des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Polen unterzeichnen der Generaldirektor des ukrainischen Rüstungskonzerns Ukroboronprom und die Leitung des polnischen Herstellers Polska Grupa Zbrojeniowa ein entsprechendes Memorandum. Wegen des hohen Risikos russischer Raketenangriffe auf das Unternehmen Ukroboronprom kämen für die Errichtung der neuen Produktionslinien nur polnische Städte in Frage. Beide Seiten würden an der Produktion von Granaten arbeiten. Die Ukraine werde ihre Technologie und hochqualifizierte Spezialist:innen mit einschlägigen Kompetenzen und Erfahrungen zur Verfügung stellen.
06.04.2023	Das litauische Parlament verabschiedet einstimmig eine Resolution, in der die Pläne Litauens für den NATO-Gipfel in Vilnius im Juli dargelegt werden. Sie enthält insbesondere das Bestreben des Landes, die Ukraine offiziell zum NATO-Beitritt einzuladen. In der Resolution heißt es, die Ukraine solle auf dem Gipfel zum NATO-Beitritt eingeladen werden und gleichzeitig Beitrittsprotokolle unterzeichnen und den Ratifizierungsprozess einleiten.
06.04.2023	Die ukrainische Nationalbank teilt mit, dass die internationalen Reserven der Ukraine im März um 10 Prozent auf 31,9 Mrd. US-Dollar gestiegen seien. Dies ist der höchste Wert seit November 2011. Mit diesem Betrag könnten künftige Importe für mehr als vier Monate finanziert werden.
06.04.2023	In den vergangenen 24 Stunden haben die ukrainischen Verteidigungskräfte über 40 Angriffe der russischen Besatzungstruppen in den Richtungen Lyman, Bachmut, Awdijiwka und Marjinka im Donbas abgewehrt. Dies teilte der Generalstab der ukrainischen Verteidigungskräfte mit.
06.04.2023	Der stellvertretende Leiter des ukrainischen Präsidialamtes, Andrij Sybiha, erklärt, die Ukraine sei bereit, Verhandlungen über die Krim aufzunehmen, wenn sich die ukrainischen Streitkräfte der Halbinsel nähern. Wenn es gelänge, die strategischen Ziele auf dem Schlachtfeld zu erreichen, und man sich an der administrativen Grenze zur Krim befände, sei die Ukraine bereit, eine diplomatische Seite zu eröffnen, um diese Frage zu diskutieren.
07.04.2023	Nach Angaben des ukrainischen Verteidigungsministeriums haben die russischen Besatzungstruppen am 7. April 115 Siedlungen in acht ukrainischen Regionen beschossen. Infolgedessen seien 33 Infrastruktureinrichtungen beschädigt und mehrere Menschen getötet oder verletzt worden.
07.04.2023	Der ukrainische Energieminister Herman Haluschtschenko unterzeichnet ein Dekret, mit dem die Wiederaufnahme der Stromexporte bei einem Kapazitätsüberschuss genehmigt wird. Die Versorgung der ukrainischen Verbraucher:innen mit Strom genießt jedoch Vorrang, weshalb die Exporte jederzeit ausgesetzt werden können, wenn sich die Situation im ukrainischen Energiesektor ändert.
07.04.2023	Die Ukraine wird bis zur neuen Erntesaison keinen Weizen, Mais, Sonnenblumen und Raps nach Polen exportieren. Gleichzeitig werden die Länder neue Regelungen für den Transit von ukrainischen Exporten ausarbeiten, wie das ukrainische Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung mitteilt.
07.04.2023	Das Ministerkabinett der Ukraine einigt sich auf den Staatsanwalt Ruslan Krawtschenko als neuen Leiter der Kyjiwer Militärverwaltung. Er hatte sich zuvor um den Posten des Direktors des Nationalen Antikorruptionsbüros (NABU) der Ukraine beworben, wurde aber von der zuständigen Kommission als »ungeeignet« erklärt.
07.04.2023	Auf einer Sitzung des Stadtrats von Poltawa stimmen die Abgeordneten für die Demontage der Denkmäler von Nikolaj Watutin, Alexander Puschkin und Aleksej Zygin. Nikolaj Watutin war ein Armeegeneral der Sowjetunion. Das ukrainische Institut für Nationales Gedenken hatte Watutin in die Liste der Personen aufgenommen, die am Kampf gegen die ukrainische Unabhängigkeit, an der Organisation des Holodomor und an der politischen Unterdrückung beteiligt waren.
07.04.2023	Die New York Times behauptet, auf Twitter und Telegram seien geheime Militärdokumente über Pläne der USA und der NATO geleakt worden, die Fähigkeiten der ukrainischen Armee im Vorfeld einer geplanten Gegenoffensive zu verbessern. Laut der Publikation untersuche das Pentagon bereits, wer hinter den Veröffentlichungen stecken könnte. Von Seiten des ukrainischen Präsidialamtes hieß es dazu, dass der Zweck der durchgesickerten Informationen darin bestehe, die Öffentlichkeit abzulenken, Zweifel zu wecken und zu spalten.
08.04.2023	Nach Angaben des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte schlugen die ukrainischen Verteidigungskräfte mehr als 35 russische Angriffe in Richtung Lyman, Bachmut, Awdijiwka und Marjinka im Donbas zurück, wo die russischen Truppen zurzeit ihre Offensive konzentrierten. Im Laufe des Tages führen die russischen Streitkräfte laut Angaben des Generalstabs zwei Raketenangriffe und 34 Luftangriffe sowie mehr als 36 Raketenabschüsse durch. Neben Gebieten im Donbas wird die Oblast Charkiw verstärkt von russischen Truppen beschossen, darunter auch bewohnte Gebiete.
08.04.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erklärt in einer Videobotschaft, dass die Ukraine 200 gepanzerte Personentransporter aus Polen erhalten werde. Polen werde nun 200 gepanzerte Personentransporter des Typs Rosomak liefern: 100 jetzt und 100 weitere später.

08.04.2023	Am Vorabend von Ostern nimmt der Passagierstrom an der polnisch-ukrainischen Grenze zu. Die meisten Personen sind Ukrainer:innen, die über die Feiertage nach Hause zurückkehren. Seit letzter Woche ist ein erhöhtes Passagieraufkommen zu verzeichnen. Am stärksten hat der Verkehr an der polnisch-ukrainischen Grenze in Richtung der Ukraine zugenommen.
08.04.2023	Eine Petition, in der gefordert wird, dass Militärangehörige nach eineinhalb Jahren Mobilisierung das Land verlassen dürfen, hat mehr als 25.000 Stimmen erhalten. Sie soll nun vom ukrainischen Präsidenten geprüft werden. Das ukrainische Parlament hat bereits einen Gesetzesentwurf registriert, der ukrainischen Staatsbürger:innen das Recht einräumt, 18 Monate nach der Mobilisierung entlassen zu werden, wenn sie nicht den Wunsch geäußert haben, den Militärdienst fortzusetzen. Der ukrainische Präsident wird gebeten, das Parlament aufzufordern, den Gesetzesentwurf dringend zu prüfen und eine Frist für die Demobilisierung festzulegen.
08.04.2023	Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba erklärt, dass das Hauptthema des nächsten NATO-Gipfels in Vilnius die Fortschritte der Ukraine auf dem Weg zur NATO-Mitgliedschaft sein werde. Er betont, dass die Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO ein Schlüsselthema bleiben werde, weil es keinen anderen Weg gäbe, die Sicherheit im euro-atlantischen Raum zu gewährleisten und eine weitere russische Aggression gegen die Ukraine zu verhindern.
09.04.2023	Die russischen Truppen konzentrieren ihre Hauptanstrengungen weiterhin auf die Offensive in den Richtungen Lyman, Bachmut, Awdijiwka und Marjinka im Donbas. Dort finden zurzeit die heftigsten Kämpfe statt.
09.04.2023	Das ukrainische Ministerium für Veteranenangelegenheiten beginnt mit der Einführung der Institution eines Veteranenassistenten in der Ukraine. Zu den Aufgaben eines solchen Assistenten gehört die individuelle professionelle Unterstützung von Veteran:innen beim Übergang vom Militärdienst in das zivile Leben.
09.04.2023	Die New York Times berichtet, dass geheime Dokumente, welche im Internet veröffentlicht worden waren, nahelegten, dass die USA offenbar nicht nur Russland, sondern auch die politische und militärische Führung der Ukraine ausspionierte, um besser über die militärischen Pläne der ukrainischen Regierung Bescheid zu wissen. Allerdings stellt die New York Times fest, dass die USA ein klareres Bild von den russischen Militäroperationen haben als von den ukrainischen Plänen. Auch zeigten die durchgesickerten Informationen, dass die USA die Ukraine vor russischen Angriffen und sogar vor bestimmten Zielen warnen.
10.04.2023	CNN berichtet unter Berufung auf eine dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj nahestehende Quelle, dass die Ukraine bereits einige ihrer militärischen Pläne aufgrund von geheimen Dokumenten, die in den sozialen Medien veröffentlicht worden waren, geändert habe. In dem Bericht heißt es, dass die veröffentlichten Geheimdokumente zeigten, wie die USA nicht nur ihre Feinde, sondern auch ihre eigenen Verbündeten ausspionierten. US-Beamten befürchteten daher, dass diese undichten Stellen vertrauliche Quellen bedrohen und die internationalen Beziehungen Washingtons gefährden könnten.
10.04.2023	In der Ukraine wird eine Anklageschrift gegen 56 russische Abgeordnete wegen Verletzung der territorialen Integrität und Unverletzlichkeit der Ukraine an das Gericht weitergeleitet. Die Ermittlungen der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft ergaben, dass die russischen Abgeordneten im Februar 2022 eine Resolution unterstützten, in der der russische Präsident aufgefordert wurde, die »Unabhängigkeit« der vorübergehend besetzten Regionen Donezk und Luhansk anzuerkennen.
10.04.2023	Das ukrainische Parlament befürwortet die Sonderzahlung von 30.000 Hrywnja (ca. 750 Euro) für Militär, Polizei und andere Personengruppen während des Kriegsrechts. 254 Abgeordnete des Parlaments unterstützen eine Änderung des Gesetzesentwurfs Nr. 8312. Demnach werden während des Kriegsrechts monatlich 30.000 Hrywnja zusätzlich an Soldaten, Vertreter des einfachen und kommandierenden Zivilschutzpersonals sowie an Polizeibeamte gezahlt, unabhängig davon, welche Aufgaben diese Personen haben und in welchen Bereichen sie Dienst tun.
10.04.2023	Das ukrainische Energieunternehmen Ukrenerho berichtet, dass die Ukraine ab dem 11. April die Stromexporte nach Moldawien wieder aufnehmen werde. Die Ukraine hatte die Stromexporte im Oktober 2022 nach massiven russischen Angriffen auf Stromanlagen eingestellt.
10.04.2023	Das ukrainische Veteranenministerium ließ verlautbaren, dass im Jahr 2023 etwa 5,5 Milliarden Hrywnja (ca. 14 Mio. Euro) für die Bereitstellung von Wohnraum für Kriegsveteranen, ihre Familien und die Familien der Verstorbenen bereitgestellt werden.
10.04.2023	In der Oblast Rivne wird die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche, die als zum Moskauer Patriarchat zugehörig gilt, verboten. Der Regionalrat von Rivne unterstützte das Verbot dieser Kirche in der Region. Der Stadtrat von Rivne entzog dieser Kirche das Recht, Grundstücke in der Gemeinde zu nutzen.

11.04.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bedankt sich bei Deutschland für weitere Militärhilfe. Das neue deutsche Militärhilfepaket soll auch Aufklärungsdrohnen umfassen. Darüber hinaus plant die deutsche Regierung die Übergabe eines weiteren Dachs-Pionierpanzers, dreier Iris-T SLMs und der dazugehörigen Raketen, 40 gepanzerte Minenräumfahrzeuge Wisent 1, ein Patriot-System mit Granaten sowie weitere Munition und Ausrüstung. Auch Kanada kündigt ein neues Militärhilfepaket für die Ukraine an. Es wird insbesondere Sturmgewehre und Maschinengewehre umfassen.
11.04.2023	Der ukrainische Oligarch Rinat Achmetow strengt ein Gerichtsverfahren gegen Russland an. Grund ist die Beschlagnahmung seiner Vermögenswerte in den Regionen Donezk und Luhansk. Zu diesen Vermögenswerten gehören Dutzende von Unternehmen in den Bereichen Bergbau, Metallurgie und Energie sowie Immobilien. Laut Achmetow soll das von Russland zu erstattende Geld für den Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden. Insbesondere werde er das Geld in die Wiederaufnahme und den Aufbau neuer Unternehmen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Wachstum der ukrainischen Wirtschaft investieren.
11.04.2023	Die Ostergottesdienste in den Kirchen der ukrainischen Hauptstadt Kyjiw werden wegen befürchteter russischer Angriffe online abgehalten. Die Ausgangssperre in der Stadt wird von 00:00 bis 05:00 Uhr gelten, teilt die Stadtverwaltung mit. Die Stadtverwaltung hatte zudem die Leiter der Religionsgemeinschaften gebeten, die Gottesdienste einzuschränken und so weit wie möglich Live-Übertragungen auf ukrainischen Fernsehkanälen und im Internet zu gewährleisten.
11.04.2023	Im ersten Quartal 2023 registrierte der ukrainische Ombudsmann für Sprachen 497 Beschwerden über Verstöße gegen das Gesetz »Über die Gewährleistung des Funktionierens der ukrainischen Sprache als Staatssprache«. Die meisten Beschwerden bezögen sich auf Dienstleistungen in der Staatssprache im Internet. Unternehmer sollten ihre Websites und sozialen Netzwerke auch in ukrainischer Sprache betreiben.
11.04.2023	Die ukrainischen Städte Dnipro, Lwiw und Mukatschewe erhalten in der Rangliste von Transparency International – Ukraine den Status »transparenter« Städte. Weitere 10 Städte, darunter Winnyzja, Schytomyr, Kyjiw, Uschorod und Tscherniwzi, werden als »teilweise transparent« eingestuft. Dies ist das Ergebnis einer Studie über die Leistung der Stadtverwaltungen während des Krieges. Dabei geht es um das Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht der lokalen Behörden.
11.04.2023	Das staatliche ukrainische Unternehmen »Ukeraorusi«, das für die Instandhaltung des ukrainischen Luftraums zuständig ist, teilt mit, dass der ukrainische Luftraum geöffnet werde, sobald die militärischen Operationen beendet seien und die Ukraine gewonnen habe. Das Unternehmen kommentiert damit die Prognose der Europäischen Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (Eurocontrol), wonach der Flugbetrieb in der Ukraine wahrscheinlich erst Ende 2029 wieder aufgenommen werden könne.
11.04.2023	Der Regionalrat der Oblast Wolhynien beschließt, die Aktivitäten der ukrainisch-orthodoxen Kirche, die als zum Moskauer Patriarchat zugehörig gilt, in der Region zu verbieten.
12.04.2023	Einer Kommission des Ministeriums für Kultur und Informationspolitik gelingt es, auf das Gelände des Kyjiwer Höhlenklosters, der Lawra, einzudringen. Die Kommission soll den Zustand der kulturellen Werte in der Lawra bestimmen. Ende März verweigerten Priester und Gläubige der Ukrainisch Orthodoxen Kirche, die als zum Moskauer Patriarchat zugehörig gilt, den Mitgliedern der Kommission den Zutritt zur Lawra. Die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche hatte das Gelände gepachtet, musste es jedoch nach Beendigung des Pachtvertrages Ende März räumen, wogegen sie Klage einreichte. Bis zum Abschluss des Rechtsstreits wolle man die Lawra nicht verlassen.
12.04.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj legt dem Parlament einen Gesetzentwurf über die Kündigung des Abkommens zwischen der Ukraine und Belarus über den gegenseitigen Schutz von Staatsgeheimnissen vor. In der Begründung heißt es, dass aufgrund der Unterstützung der militärischen Aggression Russlands durch Belarus und der nachgewiesenen diskriminierenden und unfreundlichen Handlungen von Belarus eine Zusammenarbeit mit diesem Land im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich »nicht zweckmäßig erscheint«. Der Gesetzentwurf wurde mit dem ukrainischen Außenministerium abgestimmt.
12.04.2023	Der ukrainische Energiebetreiber Ukrenerho gibt bekannt, dass die Ukraine seit dem 12. April wieder Strom nach Polen exportiert – bis zu 75 Megawatt in verschiedenen Stunden. Zuvor hatte die Ukraine auch begonnen, Strom nach Moldawien zu exportieren. Ukrenerho stellt fest, dass die Stromerzeugung seit dem 12. April den Bedarf der Verbraucher in der Ukraine vollständig deckt und das Energiesystem über ausreichende Reservekapazitäten verfüge. Die wichtigste Priorität für Ukrenergo ist nun die Wiederherstellung der Stromversorgungssicherheit. Zu diesem Zweck führen die Reparaturteams Wiederherstellungsarbeiten an allen Hochspannungsanlagen durch, die durch russische Angriffe beschädigt wurden.

12.04.2023	Der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal trifft während eines Arbeitsbesuchs in den USA mit US-Verteidigungsminister Lloyd Austin zusammen. Themen der Gespräche sind laut Schmyhal u. a. der Bedarf der Ukraine für eine militärischen Gegenoffensive. Schmyhal fordert die USA zudem auf, die Bereitstellung von Raketen mit größerer Reichweite für die Ukraine zu unterstützen.
12.04.2023	Der ukrainische Sicherheitsdienst leitet eine Voruntersuchung zu einem in sozialen Netzwerken verbreiteten Video ein, in dem ein ukrainischer Soldat wahrscheinlich hingerichtet wird: Einem lebenden Mann wurde der Kopf mit einem Messer abgeschnitten. CNN-Journalisten fanden ein weiteres Video, in dem zwei ukrainische Soldaten wahrscheinlich hingerichtet wurden.
12.04.2023	Die Weltbank kündigt einen Zuschuss in Höhe von 200 Mio. US-Dollar für ein Projekt zur Instandsetzung der ukrainischen Energieinfrastruktur an. Das Geld soll laut ukrainischen Angaben für die Wiederherstellung der Stromnetze und Heizungssysteme in Kyjiw, Charkiw, Mykolajiw, Sumy und Städten der Region Tschernihiw verwendet werden.
12.04.2023	Die USA und Lettland bestätigen, dass sie Soldaten in die Ukraine entsandt haben. Diese seien jedoch nicht an Kampfhandlungen gegen Russland beteiligt. Dies bestätigt der Koordinator für strategische Kommunikation des Nationalen Sicherheitsrats des Weißen Hauses, John Kirby, in einem Kommentar auf Fox News. Genaue Zahlen nennt er jedoch nicht.
13.04.2023	Während der Nacht und in den Morgenstunden melden die Oblast Charkiw, Sumy, Saporischschja, Donezk und Cherson verstärkten Raketenbeschuss durch russische Truppen.
13.04.2023	Die Ukrainisch Orthodoxe Kirche, die als zum Moskauer Patriarchat zugehörig gilt, wendet sich mit einer Erklärung über Verletzungen des Rechts auf Gewissens- und Religionsfreiheit sowie Diskriminierung an den Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments Dmytro Lubinez. Die Beschwerde geht von dem Männerkloster aus, welches seinen Sitz im Kyjiwer Höhlenkloster, der Lawra hat und dieses verlassen soll. Im Rahmen des beginnenden Verfahrens werden entsprechende Anfragen u. a. an das Kulturministerium der Ukraine, die nationale Polizei der Ukraine, den Allukrainischen Rat der Kirchen und religiösen Organisationen, den Sicherheitsdienst der Ukraine und den Staatlichen Dienst der Ukraine für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit gerichtet.
13.04.2023	Die Territorialen Verteidigungskräfte der Ukraine erhalten vom Weltkongress der Ukrainer 25 britische Panzerfahrzeuge. Die Fahrzeuge wurden mit Spenden von Menschen und Organisationen aus aller Welt gekauft. Der Weltkongress ist eine internationale Nichtregierungsorganisation, die sich für eine Stärkung der Ukraine und für ihre territoriale Integrität und Souveränität engagiert.
13.04.2023	Im Zusammenhang mit in Sozialen Medien im Internet veröffentlichten geleakten Dokumenten u. a. über militärische Pläne der Ukraine im aktuellen Krieg, verkündet der ukrainische Verteidigungsminister Oleksij Resnikow, dass selbst Verschlusssachen, die veröffentlicht wurden, längst nicht mehr relevant seien.
13.04.2023	Im Zusammenhang mit einem im Internet kursierenden Video, in dem ein ukrainischer Offizier angeblich hingerichtet wird, hat sich die russische Generalstaatsanwaltschaft eingeschaltet. Sie will das Video prüfen. Das Projekt Gulagu.net berichtet, dass der ehemalige Kommandant der russischen Wagner-Söldnergruppe, Andrej Medwedew, der jetzt in einem schwedischen Abschiebegefängnis sitzt, Mitglieder der Wagner Gruppe in einem Video identifiziert habe.
13.04.2023	Der Pressedienst des ukrainischen Energiebetreibers Enerhoatom verbreitet die Nachricht, dass sich in der Nähe des Maschinenraums des vierten Blocks des Kernkraftwerks Saporischschja eine Explosion ereignet habe. Eine russische Mine sei dort explodiert. Das Kernkraftwerk Saporischschja gilt als das leistungsstärkste Kernkraftwerk Europas. Das AKW wird seit knapp einem Jahr von russischen Truppen kontrolliert.
14.04.2023	Nach Angaben des ukrainischen Generalstabs konzentriert Russland seine Offensive auf die Richtungen Lyman, Bachmut, Awdijiwka, Marjinka in der Region Donezk. Dort wehrt das ukrainische Militär etwa 40 russische Angriffe ab. Die heftigsten Kämpfe finden um Bachmut und Marjinka statt.
14.04.2023	Das slowakische Landwirtschaftsministerium verbietet Einfuhr und Verarbeitung von ukrainischem Getreide in die Futter- und Lebensmittelkette. Um den slowakischen Markt vor billigerem Getreide aus der Ukraine zu schützen, hatten sich slowakische Beamte und Kontrollbehörden zuvor auf ein gemeinsames Kontrollverfahren geeinigt. Das slowakische Landwirtschaftsministerium erklärt, es unterstütze die Ukraine beim Export von Getreide in Drittländer, werde aber die Interessen seiner Landwirtschaft und des europäischen Marktes schützen.
14.04.2023	Das ukrainische Ministerium für Jugend und Sport erlässt ein offizielles Verbot der Teilnahme von ukrainischen Sportler:innen an Wettkämpfen, bei denen Vertreter:innen Russlands oder Belarus anwesend sein werden. Dies gilt für olympische, nichtolympische und paralympische Sportarten. Insbesondere weist das Ministerium die Sportabteilungen an, dafür zu sorgen, dass offizielle Delegationen von Geschäftsreisen zurückgerufen werden, wenn Sportler:innen aus Russland oder Belarus an den jeweiligen Wettkämpfen teilnehmen.

14.04.2023	Die ukrainische Stadt Slowjansk in der Region Donezk gerät unter schweren russischen Beschuss. Raketen schlagen an mindestens sieben Stellen in der Stadt ein. Dabei werden mehrere Stockwerke eines mehrstöckigen Gebäudes zerstört und weitere Gebäude beschädigt. Es werden 13 Todesopfer gemeldet.
14.04.2023	Das ukrainische Verfassungsgericht eröffnet ein Prüfverfahren über die Verfassungsmäßigkeit des Abkommens zwischen der Ukraine und Russland aus dem Jahr 2010, mit dem der Aufenthalt der russischen Schwarzmeerflotte in der Ukraine verlängert wurde. Am 31. März appellierten 49 Abgeordnete der Opposition, das sog. Abkommen von Charkiw zu überprüfen. Sie betonen, dass das Abkommen von Charkiw gegen Artikel 17 Absatz 7 der ukrainischen Verfassung (ausländische Militärstützpunkte sind auf dem Territorium der Ukraine nicht erlaubt) verstöße und damit den Grundsätzen der nationalen Sicherheit widerspreche.
14.04.2023	In der Region Tschernihiw im Norden der Ukraine wird das größte Hochwasser seit 10 Jahren erwartet. Die ukrainischen Behörden schließen eine Evakuierung der Bevölkerung nicht aus.
15.04.2023	Die Orte Bachmut und Marjinka in der Region Donezk bleiben im Epizentrum der Kampfhandlungen. Die russischen Besatzungstruppen konzentrieren ihre Hauptanstrengungen auf die Durchführung von Offensiven in den Richtungen Lyman, Bachmut, Awdijiwka und Marjinka in der Region Donezk. Der Generalstab der ukrainischen Sicherheitskräfte gibt bekannt, dass eine umfassende Überprüfung der Kampfbereitschaft der belarussischen Streitkräfte fortgesetzt werde.
15.04.2023	In der Nähe des Hafens von Reni in der Region Odesa verunglückt ein rumänischer Lastkahn, der mit mehr als 1.000 Tonnen Düngemittel beladen ist. Das Schiff lag vor Anker, als es von einem anderen Schiff gerammt wurde. Es wird befürchtet, dass das Schiff untergehen könne.
15.04.2023	Das ukrainische Verteidigungsministerium arbeitet daran, die Soldat:innen der ukrainischen Streitkräfte mit Sommeruniformen auszustatten. Nach Angaben des Ministeriums verläuft der Prozess reibungslos. Das Verteidigungsministerium weist darauf hin, dass man einheimische Bekleidungslieferanten damit beauftragt habe, das Militärpersonal mit hochwertigen Sommeruniformen zu versorgen.
15.04.2023	Im Zuge des saisonalen Anstiegs des Wasserstandes in vielen Flüssen der Ukraine ist nun auch die Hauptstadt Kyjiw betroffen. In den Bezirken Dniprowskyj und Podilskyj tritt der Dnipro über die Ufer.
16.04.2023	Im Laufe des Tages führen russische Truppen drei Angriffe auf Grenzgemeinden der Region Sumy durch. Dies meldet die Militärverwaltung der Region. Im Laufe des Tages verzeichnet die ukrainische Luftwaffe eine hohe Aktivität der russischen Luftstreitkräfte. Der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte fasst zusammen, dass die russischen Truppen im Laufe des Tages 25 Raketenangriffe, 28 Luftangriffe und vier weitere Angriffe mit Mehrfachraketenwerfern durchgeführt haben.
16.04.2023	Die Rettungsarbeiten in Slowjansk sind abgeschlossen. Bei dem russischen Angriff auf die Stadt am 14. April sind laut aktuellen Angaben der regionalen Militärverwaltung insgesamt 15 Menschen getötet und 24 verletzt worden.
16.04.2023	Das ukrainische Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung meldet, dass der ungarische Landwirtschaftsminister Istvan Nagy bei einem Gespräch mit dem ukrainischen Minister für Agrarpolitik und Ernährung, Mykola Solskyj, versprochen habe, den Transit ukrainischer Agrarprodukte durch Ungarn zu erhalten. Die Parteien vereinbarten, Konsultationen abzuhalten und sich in naher Zukunft wieder zu treffen. Die ungarische Regierung hatte nach Polen die Einfuhr von Getreide und Ölsaaten sowie anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus der Ukraine vorübergehend verboten.
16.04.2023	Nachdem Polen und Ungarn die Einfuhr von Agrarprodukten aus der Ukraine bis zum 30. Juni verboten haben, bezeichnet die Europäische Kommission solche einseitigen Handelsmaßnahmen der EU-Mitgliedstaaten als inakzeptabel. Dennoch erklärt nun auch Bulgarien, dass es ebenfalls ein Verbot von Getreideeinfuhren aus der Ukraine erwäge.
16.04.2023	Die Ukraine hat im Rahmen des österreichischen Gefangenenaustauschs weitere 130 ukrainische Kriegsgefangene aus Russland zurückgebracht. Der Austausch fand in den letzten Tagen in mehreren Etappen statt. Bei den Freigelassenen, die in die Ukraine zurückkehren konnten, handelt es sich um Militärangehörige, Grenzschützer, Offiziere der Nationalgarde, Matrosen und Mitarbeiter des staatlichen Sondertransportdienstes.
16.04.2023	Zum ersten Mal halten zwei Kirchen – die Orthodoxe Kirche der Ukraine und die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche, die als zum Moskauer Patriarchat zugehörig gilt, ihre Ostergottesdienste in der Lawra, dem Kyjiwer Höhlenkloster ab.
16.04.2023	Aufgrund des saisonalen Anstiegs der Wasserstände der Flüsse in der Ukraine sind aktuell 225 Häuser und 10.747 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche überflutet.
17.04.2023	Russische Truppen haben die Region Saporischschja in den letzten 24 Stunden 56 Mal beschossen. Dies teilt der Leiter der regionalen Militärverwaltung mit. 16 Siedlungen in der Region ständen unter feindlichem Beschuss.

17.04.2023	Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba trifft in der irakischen Hauptstadt Bagdad ein. In Bagdad wird Kuleba Gespräche mit dem irakischen Premierminister Mohammed Schia al-Sudani und dem stellvertretenden Premierminister und Außenminister Fuad Hussein führen. Thema soll die Entwicklung des bilateralen Dialogs sein.
17.04.2023	Die russische Seite blockiert erneut die Inspektion von Schiffen, die im Rahmen der Schwarzmeer-Getreideinitiative Getreide aus der Ukraine ausführen sollen. Das ukrainische Infrastrukturministerium erklärt, dass Russland die Registrierung von Schiffen, die ukrainische Häfen anlaufen, einseitig eingestellt hat. Die Registrierung ist Bedingung für die Erstellung eines gemeinsamen Überprüfungsplans. Russland stelle seinen eigenen Überprüfungsplan auf und wähle nach eigenem Ermessen Schiffe aus der Warteschlange aus. Dies steht im Widerspruch zu den Vereinbarungen im Rahmen der Getreideinitiative.
17.04.2023	Der ukrainische Verteidigungsminister Oleksij Resnikow entschuldigt sich für seine Äußerung, die Zahl der ukrainischen militärischen Opfer im Krieg sei nicht höher als die Zahl der Erdbebenopfer in der Türkei. Resnikow hatte in einem Interview gesagt, dass die ukrainischen Opfer des Krieges »deutlich geringer« seien als die russischen und die Zahl der Opfer des Erdbebens vom Februar in der Türkei nicht überstiegen. Durch das Erdbeben sind knapp über 50.000 Menschen in der Türkei ums Leben gekommen.
18.04.2023	Die russischen Truppen konzentrieren ihre Hauptanstrengungen weiterhin auf die Durchführung von Offensivaktionen in den Richtungen Lyman, Bachmut, Awdijiwka und Marjinka im Donbas. Im Laufe des Tages schlugen die ukrainischen Verteidigungskräfte nach eigenen Angaben 30 Angriffe in diesen Frontabschnitten zurück. Die heftigsten Kämpfe finden weiterhin um Bachmut und Marjinka statt.
18.04.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj besucht die Stellungen der ukrainischen Verteidigungskräfte in Awdijiwka in der Region Donezk und lässt sich vom Befehlshaber der operativen und taktischen Gruppierung von Donezk über die Lage in dessen Zuständigkeitsbereich berichten.
18.04.2023	Das Oberste Anti-Korruptionsgericht der Ukraine verlängert das Untersuchungsverfahren gegen den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden des größten ukrainischen staatlichen Öl- und Gasunternehmens Naftohaz, Andrij Kobiljew. Demnach muss er bis auf weiteres ein elektronisches Armband tragen und auch seine Pässe für Auslandsreisen beim staatlichen Migrationsdienst abgeben. Am 19. Januar 2023 meldeten die Strafverfolgungsbehörden, dass Kobiljew verdächtigt wird, seine Position missbraucht und dafür gesorgt zu haben, dass ihm umgerechnet fast 10 Mio. US-Dollar an Boni gezahlt wurden. Den Ermittlungen zufolge überstieg dieser Betrag die für derartige Zahlungen geltenden Normen erheblich.
18.04.2023	Der Rat der Europäischen Union spricht sich dafür aus, das gemeinsame Roaming in das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union aufzunehmen. Der Handelsausschuss der Assoziation zwischen der Ukraine und der EU werde als nächstes die endgültige Entscheidung treffen, gibt das ukrainische Ministerium für Digitale Transformation bekannt.
18.04.2023	Russische Medien berichten, dass der russische Präsident Wladimir Putin besetzte ukrainische Gebiete der Regionen Cherson und Luhansk besucht haben soll. Den Medienberichten zufolge besuchte Putin das Hauptquartier der Dnipro-Truppengruppe in Cherson und das Hauptquartier der Nationalgarde Wostok in der Region Luhansk.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Chronik: Dr. Eduard Klein
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1862-555X © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.